Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Nr. 90. **Bielefeld, Montag, 19. April 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Was kosten „Standeserhöhungen" und Titelverleihungen?

Von Dr. Stephan Kekule v. Stradonitz.

Die Stempelsteuerkommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat vor kurzem festgesetzt, daß in Zukunft für die Verleihungen und Würden: eines Herzogs: 10 000 Mk., eines Fürsten: 6000 Mk., eines Grafen: 3600 Mk., eines Freiherrn: 2400 Mk., des Adels: 1200 Mk. an Stempel zur Berechnung gelangen sollen. Für die Erhebung eines Inbegriffs von Gütern zu einer Standesherrschaft, einem Herzogtum oder Fürstentum: 12 000 Mark. Für die Verleihung eines Kammerjunker-Patents: 800 Mark, eines Kammerherrn-Patents: 2400 Mk., falls der Kammerherr schon Kammerjunker war: 1600 Mk. Für die Verleihung des Titels: „Geheimer Kommerzienrat": 5000 Mk., „Kommerzienrat": 3000 Mk., „Geheimer Kommissionsrat": 1000 Mk., „Kommissionsrat": 500 Mk. Für die Verleihung eines anderen Titels (Geheimer Sanitätsrat, Sanitätsrat, Geheimer Justizrat, Justizrat, Professor) an eine Privatperson: 300 Mk.

Dieses bedeutet gegenüber den bisherigen Sätzen des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 eine nicht unbeträchtliche Erhöhung. Hiernach betrugen nämlich die entsprechenden Stempel für die Verleihung jeder der fünf vorbezeichneten Adelsstufen, für die Erhebung eines Inbegriffs von Gütern in der dargelegten Weise, endlich für die Kammerjunker- und Kammerherrnpatente: genau die Hälfte der neuen Sätze. Für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen gelangten früher unterschiedslos nur 300 Mk. zur Hebung.

Zum Vergleich ist es nicht uninteressant, die königlich sächsischen Bestimmungen heranzuziehen. Hier betragen nach dem Gesetz über den Urkundenstempel vom 10. Juni 1898 die Stempel für die Verleihungen: des Adelsstandes: 500 Mk., des Freiherrnstandes: 1000 Mk., des Grafenstandes: 2000 Mk., des Fürstenstandes: 5000 Mk. Mit der Zahlung dieses Stempels sind aber selbstverständlich die „Abgaben", die im Königreich Sachsen bei Standesverleihungen zur Hebung gelangen, nicht erschöpft. Es besteht hier neben der Stempelabgabe noch eine Gebührenpflicht nach der Gebührenordnung vom 30. April 1906, und zwar betragen hiernach die Gebühren: für den Adelsstand: 500 Mk., für den Freiherrnstand: 4500 Mk., für den Grafenstand: 10 000 Mk., für den Fürstenstand: 25 000 Mk. In Preußen kamen bisher, um nur ein Beispiel anzuführen, bei einer Verleihung des einfachen Adels im ganzen rund 4200 Mk. zur Hebung. Davon waren also 600 Mk. der Stempel. Weitere 600 Mk. rund: die baren Auslagen des Heroldsamtes für die Herstellung des Diploms. Die hinzutretenden „Taxen und Gebühren" betrugen demnach rund 3000 Mk., so daß also in Zukunft für einen einfachen Adelsbrief mindestens rund 3000 + 1200 + 600 = 4800 Mk. zur Hebung gelangen werden. Für die höheren Adelsstufen bestanden bisher neben dem Stempel ebenfalls Taxen- und Gebührensätze, die stufenweise stiegen. Bei dieser Bestimmung dürfte es voraussichtlich auch in Zukunft sein Bewenden behalten, wenn nicht auch hinsichtlich der „Taxen und Gebühren" noch eine weitere Steigerung eintritt.

Zu bemerken wäre für Preußen außerdem vielleicht noch, daß, wenn in solchen Verleihungen mehrere Seitenverwandte mit aufgenommen werden, für jeden einzelnen Seitenverwandten die Taxen, Stempel und Gebühren besonders und voll verrechnet werden. Daß ferner Standesverleihungen aus Anlaß einer Annahme an Kindesstatt oder einer Legitimation gleichen Zahlungsverpflichtungen unterliegen wie die Anerkennungen und Bestätigungen einer einem Preußen von einem auswärtigen Landesherrn verliehenen Standesverleihung. Man sieht hieraus, daß, wie immer jemand in Adelsangelegenheiten usw. die landesherrliche Gnade in Anspruch nimmt, damit für ihn regelmäßig erhebliche Auszgaben verbunden sind.

Und das ist gut so. Wir meinen, es könnte die Steuerkommission die entsprechenden Stempelsteuern dreist noch höher hinaufsetzen. Derartige „Eitelkeitssteuern" sind zweckmäßige Luxussteuern, und die „Nachfrage" wird darum nicht nachlassen.

Allerdings mögen die beabsichtigten Erhöhungen die durchaus irrige Meinung in einzelnen Köpfen befestigen, als ob man gegen Erlegung dieser Stempel, Taxen und Gebühren in Preußen, Sachsen usw. Adels-, Freiherrn- usw. Briefe gewissermaßen „kaufen" könne. Mindestens für die vier deutschen Königreiche wäre naturgemäß keine Meinung falscher als diese. In Preußen zum Beispiel gehört schon ein einfacher Adelsbrief zwar nicht gerade zu den unmöglichen, aber doch zu den schwer erreichbaren Dingen, und gar die freiherrliche oder gräfliche „Würde" wird, außer daß entsprechende Verdienste vorliegen müssen, in der Regel nur nach dem Rechte der Erstgeburt beschränkt vererblich und geknüpft an den Besitz eines Fideikommisses von 45 000 bezw. 75 000 Mark jährlichen Reinertrages verliehen.

Eigenartig mutet in den neuen Festsetzungen die starke Erhöhung der Stempel für die Titel „Geheimer Kommerzienrat" und „Kommerzienrat" und die vergleichsweise geringe, aber an sich nicht unbedeutende Erhöhung für die Titel: „Geheimer Kommissionsrat" und „Kommissionsrat" an. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage sollte man schließen, daß namentlich nach den ersten beiden Titeln in der Handelswelt eine ganz außerordentliche Sehnsucht herrscht.

In England besteht neben den ganz riesigen Taxen, Stempel- und Gebühren für die Baron-, Vizegrafen-, Grafen- usw. Diplome eine Wappensteuer: eine Gebührenpflicht für die Erlaubnis, ein Wappen zu führen. Sie trägt jährlich etwa 1½ Million Mark ein. Dafür genießen allerdings in England die Wappen auch allgemein einen Rechtsschutz, was in Deutschland hinsichtlich der bürgerlichen Wappen bekanntlich ebenso allgemein nicht der Fall ist.

Die „Berliner Volkszeitung" bemerkt hierzu:

Dem Verfasser stimmen wir durchaus darin bei, daß die Preise auf dem Eitelkeitsmarkt noch viel zu niedrig sind, und daß der Staat den törichten „Ehrgeiz" der Adels-„Würden"- und Titeljäger noch viel zu gering besteuert. Ein Mensch, der vor Begierde brennt, den schönen Titel „Geheimer Kommissionsrat" tragen zu dürfen, der müßte schon wegen dieser Geschmacklosigkeit in eine möglichst hohe Geldstrafe genommen werden, und jene Kaufleute, die kein höheres Streben kennen, als ihren guten bürgerlichen Namen hinter dem „Geheimen Kommerzienrat" verschwinden zu sehen, sie würden für diesen neckischen Titel gewiß gern das Doppelte und Dreifache zahlen. Warum, wenn man um neue Steuern so sehr verlegen ist, schrickt man vor einer höheren Belastung derjenigen zurück, die diese Belastung mit Wonnebeben tragen würden?

Das System ist übrigens noch des weitesten Ausbaues fähig. Man lasse jedem Menschen ohne Unterschied die Freiheit, sich einen Titel beizulegen, wie er will: je unsinniger der Titel klingt, desto besser ist es für die Diskreditierung des Titelwesens überhaupt. Nur soll der Titelträger, der sich aus eigener Machtvollkommenheit Wirklicher Geheimer Obertitularrat oder Groß-Hidalgo beider Andorra nennt, dafür gehörig berappen. Wir garantieren für eine Steuer von 100 Millionen Mark jährlich, wenn man nach diesem Rezept verfährt.

Der preußisch-polnische Krieg.

Vor kurzem machte sich in der russischen Duma ein Graf Bobrinski bemerkbar, ein reaktionärer Heißsporn und grimmiger Feind der Deutschen, der zugleich auch ein fanatischer Anhänger der panslawistischen Bestrebungen ist. Er erhob gegen die in Rußland angesiedelten Deutschen eine Menge schwerer Anklagen und beschuldigte sie staatsfeindlicher Umtriebe. So behauptete er, daß sich in Russisch-Polen in den an Deutschland stoßenden Grenzbezirken eine Menge von deutschen Elementen angesiedelt hätten, die im Falle eines Krieges mit Deutschland gefährlich werden könnten. So hätten die Deutschen die Absicht, rings um verschiedene größere und kleinere Städte herum den Grund und Boden zu erwerben und die Städte so einzukreisen, daß auf diesem Wege das deutsche Element dazu kommen würde, in russischen resp. polnischen Städten zu dominieren. Der edle Graf nannte auch eine Anzahl von Städten, die von den Deutschen schon „eingekreist" sein sollten.

In der deutschen Presse wurde diesem Schwadroneur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Man sagte, der Mann habe Halluzinationen und sei nicht ernst zu nehmen. Auch wir hielten die ganze Geschichte für lächerlich. Davon sind wir indessen abgekommen. Ob das, was Graf Bobrinski behauptet, an Tatsachen anknüpft, können wir nicht beurteilen. Aber das ganz ähnliche Manöver, wie er sie von Russisch-Polen behauptet hat, in Preußisch-Polen vorkommen und, wie es scheint, von mächtigen Einflüssen besonders gefördert werden, das steht außer allem Zweifel.

Professor Ludwig Bernhard, einer der Faiseure der „Ostmarkenpolitik", wie die Nationalliberalen jetzt den Kampf gegen die eingebildete „Polengefahr" nennen, hat eine Schrift veröffentlicht, in welcher er darauf hinweist, daß man eine Seite der Polenbekämpfung bis jetzt nicht genügend beachtet habe, nämlich die „Einkreisung" oder „Umzingelung" der Städte mit deutschen Bauernansiedlungen. Herr Bernhard weiß zu melden, daß bereits sechs posenische Städte, nämlich Mogilno, Janowitz, Briesen, Schönsee, Wronke-witz und Wreschen von deutschen Bauern „umzingelt" sind. Die Deutschen, die von 1895 bis 1900 dort nur eine Zunahme von 1,21 Prozent aufwiesen, haben sich von 1900 bis 1905 um 11,28 Prozent vermehrt!

Dies wahrhaft großartige Resultat der „Ostmarkenpolitik" wird namentlich von der nationalliberalen Presse, bei der die Polenhetze zu den Lebensbedürfnissen eines jeden Tages gehört, eifrigst gepriesen. Man schreibt diesem Vorgehen eine große Bedeutung zu, weil, wie es in einem nationalliberalen Blatt heißt, „alle ländliche Siedlung des festen Stützpunktes und auch des eigentlichen wirtschaftlichen Rückgrats entbehrt, so lange die Kleinstädte der Ostprovinzen dem Polentum überlassen bleiben".

Man hat also erst Hunderte von Millionen aufgewendet, um die polnischen Staatsbürger jener preußischen Landesteile durch Besiedlung polnischer Landstriche mit deutschen Bauern zurückzudrängen. Als das nicht gelang, weil die Polen Widerstand leisteten und der Ansiedlungskommission trotz deren reichen Mitteln Terrain abgewannen, wurde das bekannte Enteignungsgesetz geschaffen. Dies kann natürlich zu weiterer „Umzingelung" polnischer Städte nur ermutigen. Triumphierend ruft ein nationalliberales Blatt aus: „Diese Städte, die früher danieder lagen, sind kleine Zentren des erwachenden wirtschaftlichen Lebens geworden und in ihrem Aufschwung erlangen die Deutschen allmählich die Führung".

Herr Bernhard wünscht diese Politik „in großem Maßstabe" weiter zu führen. Er hat ganz „revolutionäre" Pläne im Kopf; er will, daß die Latifundien, welche deutsche Aristokratenfamilien in der „Ostmark" besitzen, zerstückelt werden, um die Belagerung der polnischen Städte mit deutschen Bauern im größten Stil betreiben zu können. Nur die „polnische Spekulation" steht ihm noch im Wege. Will er nicht auch noch gegen diese ein Spezialgesetz haben?

Der wirtschaftliche Kampf zwischen polnischen und deutschen Agrariern wäre uns an sich vollkommen gleichgiltig, wie es uns auch an sich gleichgiltig ist, ob in den Städten Posens Deutsche oder Polen „die Führung" haben. Beide Elemente sind aber deutsche Reichsbürger und preußische Staatsangehörige. Was wir darum verwerfen, ist, daß die Machtmittel des preußischen Staates, Ausnahmegesetze und ungeheure Geldsummen, in Anwendung gebracht werden, um den Kampf deutscher Agrarier gegen polnische Agrarier zu unterstützen. Erst vertreibt man die Polen aus ihrem ländlichen Grundbesitz und nunmehr will man sie auch „in großem Maßstabe" aus den Städten vertreiben!

So wird heutzutage das historische Unrecht „gesühnt". Die Polen, die heute das Gebiet des preußischen Staates bewohnen, sind diesem vor mehr als hundert Jahren, gegen ihren Willen, auf Grund des Hammelherdestaatsrechts einverleibt worden. Damals wurden ihnen viele Versprechungen gemacht, die nicht erfüllt worden sind. Indem sie ihre nationalen Gepflogenheiten beibehalten, tun sie nur, was viele Deutsche auch tun, die unter anderen Nationalitäten leben. Diese Deutschen werden von ihren „nationalen" Stammesgenossen im Reich belobt und unterstützt, und sie tun doch nur dasselbe, was die Polen auch tun.

Und was dieser Polenpolitik zum Vorwand dient, die sogenannte polnische Gefahr — wer glaubt denn heute noch im Ernst an dieses Phantom? Worin soll diese Gefahr bestehen? Früher konnte man noch die Teilnahme polnischer Offiziere an den verschiedenen Revolutionsbewegungen geltend machen. Aber das ist seit dreißig und mehr Jahren vorbei. Die alte polnische Emigration, die so oft als Gespenst herhalten mußte, spielt keine Rolle mehr; sie ist ausgestorben. Und trotz alledem ist die Polenverfolgung so eifrig im Gange und es kann den „nationalen" Fanatikern gar nicht genug geschehen. Das treibende Element dabei sind immer die ostelbischen preußischen Junker, die in traditioneller Feindschaft mit den Polen leben.

Von Jahr zu Jahr steigt die Erbitterung in diesem Kampfe, der ganz unnötig heraufbeschworen worden ist. Die preußische Politik hat sich in allen „angegliederten" Ländern gleich ungeeignet erwiesen, alte Gegensätze zu überbrücken und auszugleichen. So wird die „Polenfrage" eine stets offene Wunde am Reichskörper bleiben, die einmal recht gefährlich werden kann, wenn die panslawistische Strömung überhand nehmen und von Rußland her ihre Wogen über die westlichen Nachbarländer ergießen sollte.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der Empfang bei Bülow. Berlin, 18. April. Der Kanzler wird im Laufe des heutigen Tages aus Italien zurückkehren und am Dienstag soll die von seinem Leiborgan angekündigte große Aktion vor sich gehen: der Empfang der schleunigst zusammengetrommelten Deputationen aus „allen Teilen" des Reiches.

Es wird sich nun zu zeigen haben, ob der Druck, den Bülow durch diese Gala-Vorstellung auf die hartleibigen Junker auszuüben vermag, groß genug ist, um sie zur Annahme der Reichsfinanzreform mit der Nachlaßsteuer zu bewegen.

Der Wahlrechtskampf der preußischen Arbeiter ist grober Unfug. So hat am Donnerstag das Breslauer Schöffengericht entschieden! 19 Angeklagte hatten sich wegen Teilnahme an den Straßendemonstrationen vom 31. Januar zu verantworten. Es wurde ihnen zur Last gelegt, auf der Straße „Hoch!" gerufen zu haben. 19 Polizisten aller Grade waren als Zeugen erschienen, die Entsprechendes bekundeten. Das Gericht erblickte in den Straßendemonstrationen groben Unfug und verurteilte die Angeklagten zu Haftstrafen von drei Tagen bis zu einer Woche.

Ein Angeklagter, der Widerstand geleistet haben sollte, wurde zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Zwei Angeklagte, die sich den polizeilichen Anordnungen gegenüber „ungehorsam" gezeigt hatten, wurden zu sechs Tagen Haft verurteilt. Ein Angeklagter, der nach Beendigung der Demonstrationen auf offener Straße „Hoch das Wahlrecht!" gerufen haben sollte, wurde zu 9 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Zentrum im Schmollwinkel. Die „Germania" weist darauf hin, daß der Reichskanzler beim Empfang der Deputationen einige ganz allgemeine, aber „national" aufgeputzte Redensarten vom Stapel lassen wird. Er wird sich auf die „großen Gesichtspunkte" beschränken, die weder Sachkenntnis noch sonstige geistige Anstrengung erfordern. Die Hauptsache sei: 1. das Zentrum darf die „nationalen" Arbeiten nicht mitmachen, denn dann wäre sie keine „nationale" Arbeit mehr, da nur der Block „national" ist, das Zentrum aber an „antinationaler Arroganz" leidet; 2. die Konservativen haben sich dem zu fügen, was die Liberalen wollen. Zwar wäre auch ohne konservatives Harakiri die Finanzreform zu machen, aber das darf nicht sein. Lieber keine Reform als eine solche, die das Zentrum mitmacht. Das ist heute „nationale" Parole. Sollten die Konservativen sich durch die „bedeutungsvolle Ansprache" noch nicht gleich zum Nachgeben bewegen lassen, so wird man den Evangelischen Bund auf sie hetzen, der der Blockpolitik schon so vorzügliche Dienste geleistet und die Konservativen schon früher eingeschüchtert hat.

Sozialdemokraten und militärische Strafabteilung. Durch die bürgerliche Presse war die Nachricht verbreitet worden, daß beim Gardekorps eine neue Strafabteilung eingerichtet worden sei, der solche Mannschaften überwiesen werden sollten, die wegen Diebstahls und anderer Vergehen bestraft worden sind oder sich sozialdemokratischer Umtriebe schuldig gemacht haben. Dazu wird nun amtlich erklärt, daß letzteres nicht richtig sei; denn dieser Strafabteilung sollen nur Mannschaften des Beurlaubtenstandes der Garde überwiesen werden, die zwilgerichtlich wegen solcher Vergehen bestraft worden sind, die unzweifelhaft eine ehrlose Gesinnung erkennen lassen.

Der Streit um die Steuerdefraudation. In der Blockpresse ist ein höchst ergötzlicher Streit darüber ausgebrochen, wer den Staat am meisten um die Steuern betrügt: die patriotischen Männer vom Lande oder die aus der Stadt. Die freisinnige Presse erwähnt einen Fall, wonach ein schlesischer Rittergutsbesitzer, der 3000 Morgen besitzt, sein Einkommen auf 2000 Mk. angegeben hat und dafür 31 Mk. Staatssteuern bezahlt. Das Rittergut bildet aber einen eigenen Gutsbezirk, für den der Staat einen Zuschuß von 80 Mk. zu leisten hat. Die agrarische Presse rächt sich damit, daß sie eine Anzahl Fälle von Steuerhinterziehungen anführt, die von in der Stadt wohnenden Kapitalisten begangen worden sind.

Hier erweist sich einmal das alte deutsche Rechtssprichwort: „Eines Mannes Rede ist keine Rede, man soll sie hören alle beede" als zutreffend. Mögen nur alle beede ihre gegenseitigen Offenherzigkeiten fortsetzen, das Volk wird ja schon sein Urteil sich bilden über den Steuerpatriotismus dieser reichen Leute.

Sozialdemokratie und Schuldeputation. Genosse Dr. Quarck in Frankfurt a. M. war vom dortigen Stadtverordnetenkollegium in die Schuldeputation gewählt worden. Diese Wahl unterlag der Bestätigung durch die Regierung. Von dieser ist dem Genossen Quarck jetzt nachstehender Bescheid zugegangen.

„Es ist dem Redakteur Quarck mitzuteilen, daß die Regierung die Bestätigung zu seiner Wahl in die Schuldeputation versagt hat."

Damit ist das Vaterland wieder einmal gerettet.

Frauenstudium. Der „Reichsanzeiger" veröffentlichte am 17. April einen amtlichen Erlaß über die Zulassung von Frauen zum Studium an den technischen Hochschulen, wonach als Studierende der technischen Hochschulen vom Sommersemester 1909 ab auch Frauen zugelassen werden sollen, es aber in allen Fällen bei In- und Ausländerinnen der Genehmigung des Ministers bedarf.

Ein neuer Branntweinsteuervorschlag. Wie verlautet, hat der Abgeordnete Dr. Paasche einen neuen Vorschlag, die Branntweinsteuer betr., veranlaßt. Es ist beabsichtigt, die agrarische Spirituszentrale zu verstaatlichen. Das wäre das Monopol in einer Form, die sich nur wenig von dem ursprünglichen Entwurf der Regierung unterscheidet.

Agrarische Steuermogelei. Professor Delbrück, der mit Energie den Kampf gegen die agrarischen Steuerhinterziehungen führt, zitiert einen Passus aus einem Urteile, das vom Oberlandesgericht Celle am 6. Februar 1909 gefällt wurde. Nach Darstellung des Tatbestandes heißt es hier:

„Kläger behauptet, daß als sein Einkommen das Doppelte der bei der Steuereinschätzung von ihm angegebenen Beträge anzusetzen sei, da, wie der Kreissekretär B. bekunden werde, erfahrungsmäßig — das wahre Einkommen bei Landleuten das Doppelte ihrer Deklaration übersteige."

Diese amtliche Feststellung dürfte den Agrariern sehr unangenehm sein.

Die Begründung zur Strafprozeßordnung und der damit im Zusammenhang stehenden Gesetzentwürfe ist dem Reichstage soeben zugegangen. Der umfangreiche Band zählt nahezu 400 Seiten großoktav. Wenn der Umfang der Begründung mit dem Werte des Inhaltes im Einklang stehen würde, könnte man zufrieden sein.

Die Beamtenbesoldung. Das preußische Herrenhaus, dessen Zustimmung zur preußischen Besoldungsreform noch aussteht, hat diese Materie einer Kommission überwiesen. Diese Kommission hat nun beschlossen, daß zwar die Gehaltsaufbesserung rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 an erhalten solle, dagegen soll das Wohnungsgeld diese rückwirkende Kraft nicht erhalten, sondern erst vom 1. April 1909 an gerechnet werden.

In den ersten Tagen dieser Woche wird sich das Plenum des Herrenhauses zu der Vorlage schlüssig machen.

Die Apotheker und die Reichsversicherungsordnung. Die deutschen Apotheker haben in ihrem Organ Stellung genommen zur Reichsversicherungsordnung und sind im allgemeinen mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden. Vor allen Dingen begrüßen sie es mit Freuden, daß ihnen ein Schutz vor der angeblichen Uebermacht der Krankenkassen gewährt wird.

Zum Prozeß Moltke-Harden, für den der Termin auf den morgigen Dienstag festgesetzt ist, erfährt das „Berliner Tageblatt", daß Graf Kuno Moltke sich wieder von seiner Krankheit erholt hat und an Gerichtsstelle erscheinen wird.

Die Herzogskandidatur in Beckum-Lüdinghausen-Warendorf.

Die „Westfälische Rundschau", eine gut katholische Zeitung, die im Wahlkreise erscheint, ist mit der Kandidatur des Herzogs v. Arenberg nicht zufrieden und polemisiert in zum Teil recht drastischen Ausdrücken gegen die Zentrumsblätter, die für den Herzog Stimmung zu machen versuchen. So heißt es in der Sonnabendnummer der Zeitung in einem Artikel „Heil dem Herzog!":

„Die Leibtrabanten und Lakaien des Herzogs von Arenberg sind unermüdlich an der Arbeit, Empfehlungen für Seine Durchlaucht zusammenzutragen. In der Regel muß die Rubrik Briefkasten, Meinungsaustausch usw. herhalten, denn die ganze Affäre ist doch eigentlich zu lächerlich, als daß man die offenbaren Unwahrheiten unmittelbar unter eigener Verantwortung auftischen möchte.

Auch der „Münster. Anzeiger" nimmt seine Zuflucht zum Briefkasten und erzählt einem M. in Ahlen u. a., daß der gnädige Herr Kandidat den Sitzungen des Herrenhauses, in das er vor acht Jahren eingetreten sei, regelmäßig beigewohnt habe.

Das ist eine glatte, komplette Lüge.

Die „Essener Volkszeitung" ihrerseits rühmt dem durchlauchtigen Vertreter des Volkes nach, daß ihm die regelmäßige Verwaltung seines enormen Vermögens einen tiefen Einblick in die Verhältnisse des Staats- und Volkslebens gebracht habe.

Man sieht, um Gründe sind die politischen Mummelgreise nicht so verlegen.

Darüber sind wohl alle einig: Die Herzogskandidatur ist niemandem sympathisch, vielleicht mit Ausnahme der Nordkirchener. Selbstverständlich, die haben, als der Herzog Nordkirchen erwarb und sich dort als „Höfeschlucker" etablierte, soviel Freibier zu saufen gekriegt, daß sie acht Tage lang nicht nüchtern wurden. So etwas zieht immer bei gewissen Leuten.

Im übrigen geht ja aus den eigenen Erklärungen des Vorsitzenden und der Mitglieder des Wahlkreiskomitees in der Versammlung zu Münster zur Genüge hervor, daß alle das Gefühl hatten, mit Rücksicht auf die dringenden Wünsche der Herren Herold, Freiherr von Hertling und einiger anderer in den sauren Apfel beißen zu müssen; freudig und aus innerer Ueberzeugung hat ihm niemand seine Stimme gegeben. Diese Tatsache haben mir persönlich drei angesehene Herren, erprobte und bewährte Anhänger der Zentrumspartei, ausdrücklich bestätigt."

Und in der Sonntagsnummer, die eine Fortsetzung des Artikels bringt und mit einer Polemik gegen eine andere Zentrumszeitung, den „Emsboten", beginnt, heißt es:

„Der „Emsbote" verübt, ohne mit der Wimper zu zucken, einen raffinierten Trick dadurch, daß er die Gegner der Kandidatur des Herzogs von Arenberg fälschlich als Gegner des Zentrums bezeichnet. Solcher Taschenspielerkunststückchen pflegt man sich zu enthalten, wenn man ein gutes Vorhaben mit sachlichen Gründen verteidigen kann.

Der „Emsbote" erinnert an ein Wort Windthorsts: „Tun Sie stets das, worüber die Gegner sich ärgern, dann sind Sie immer auf dem rechten Wege!"

Nein, so liegt die Sache keineswegs. Nicht die Gegner, sondern die Anhänger des Zentrums in Stadt und Land ärgern sich darüber, daß ein weltfremder, milliardenreicher Herzog, der nichts gelernt und nichts geleistet hat, der überhaupt keine Ahnung davon hat, wo uns gewöhnliche Sterbliche der Schuh drückt, als Volksvertreter nach Berlin entsandt werden soll.

Wenn einmal, nebenbei bemerkt, der selige Windthorst zitiert werden soll, dann, so schreibt uns ein Freckenhorster Vertrauensmann des Zentrumswahlkomitees, dürfte in diesem Falle viel eher der Ausspruch Windthorsts angebracht sein, daß der Aufkauf von Bauerngütern, wie dies der Herzog von Arenberg systematisch betreibt, in jedem einzelnen Falle ein schweres Unglück sei für den Bauernstand, für die menschliche Gesellschaft und für den Staat. Weshalb führt der „Emsbote" diesen Satz nicht an? Die Gegner der Herzogskandidatur schlechthin als „unsere Gegner", d. h. als Gegner des Zentrums hinzustellen, ist nicht bloß eine Frechheit, sondern auch eine Dummheit. Denn wenn alle diejenigen, denen die Herzogskandidatur unerwünscht und unsympathisch ist, wirklich Gegner des Zentrums wären, so blieben nicht viel Zentrumsanhänger in Beckum und Warendorf übrig. Höchstens könnte der „Emsbote" dann Arm in Arm mit den Süfflingen von Nordkirchen Parademarsch machen, die sich für das massenhaft genossene Freibier glauben revanchieren zu müssen. Freilich ist „Traktierenlassen" nicht jedermanns Sache. Von einem guten Freunde in vergnügter Gesellschaft läßt man sich unbedenklich, wenn die Gelegenheit es mit sich bringt, eine Pulle spendieren, aber wenn ein reicher Protz von oben her in wüst-verschwenderischer Weise Bier und Wein in Strömen fließen läßt, so lehnt ein anständiger Mann, der etwas auf sich hält, die Beteiligung an derartigen Saufgelagen dankend ab nicht obwohl, sondern weil es nichts kostet.

. . . . . .

Die eifrigsten Befürworter der Kandidatur des Herzogs haben nicht gewagt, ihn als den geeignetsten Mann zu bezeichnen, sondern ihn immer nur gewissermaßen als „notwendiges Uebel" betrachtet. Sie waren auf der Versammlung in Münster in jeder Weise bemüht, die Nominierung des Herzogs damit zu entschuldigen, daß einige maßgebende Personen in der Zentrumspartei diese Kandidatur dringend empfohlen hätten, und daß man sich diesem Wunsche notgedrungen fügen müsse. Daß der Herzog durch Kenntnisse, Gelehrsamkeit, Intelligenz oder sonstwie als Volksvertreter besonders befähigt sei, hat wohlweislich keiner von seinen Anhängern uns vorzuflunkern gewagt. Diese Beweihräucherung des Kandidaten hat nun ein Teil der Zentrumspresse übernommen, aber mit Befriedigung darf die Tatsache festgestellt werden, daß die unabhängigen Zeitungen vernünftiger Weise sich hieraa nicht beteiligen. Um so toller treiben es die katzbuckelnden Bedientenseelen."

So erzählt die „Westfälische Rundschau" die Geschichte, wie man — Reichstagskandidat wird. Die Kreiseingesessenen, die Zentrumswähler wollen von der Kandidatur nichts wissen. Nur weil einige maßgebende Personen in der Zentrumspartei — Freiherr v. Hertling, Herold und andere — die Kandidatur dringend empfohlen haben, ist es zu ihrer Aufstellung gekommen. Freilich, wenn der Herr Herzog ein Freund Bülows ist und nebenher noch gute Beziehungen zum Kronprinzen unterhält, dann läßt er sich famos als — Schloßbrücke gebrauchen, auf der das Zentrum wieder leichter zum Regierungsufer marschieren kann. Es geht doch nichts über die volksfreundliche Politik der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Die Matrikularbeiträge für 1909

verteilen sich folgendermaßen:

Preußen	254 293 068	(+) 36 422 401
Bayern	42 637 420	6 191 093
Sachsen	30 725 298	4 302 223
Württemberg	15 309 445	2 207 406
Baden	13 709 678	1 962 903
Hessen	8 250 550	1 186 450
Mecklenburg-Schwerin	4 267 082	615 518
Sachsen-Weimar	2 646 781	379 498
Mecklenburg-Strelitz	705 927	101 558
Oldenburg	2 989 597	425 764
Braunschweig	3 315 608	476 602
Sachsen-Meiningen	1 834 185	263 156
Sachsen-Altenburg	1 409 032	202 595
Sachsen-Coburg und Gotha	1 653 779	237 471
Anhalt	2 233 182	322 810
Schwarzburg-Sondershausen	581 191	83 726
Schwarzburg-Rudolstadt	666 976	95 258
Waldeck	403 805	58 680
Reuß älterer Linie	481 975	69 506
Reuß jüngerer Linie	986 929	142 248
Schaumburg-Lippe	307 098	44 251
Lippe	993 679	143 207
Lübeck	721 791	103 366
Bremen	1 793 684	254 645
Hamburg	5 961 166	850 058
Elsaß-Lothringen	12 381 132	1 781 555
	411 260 019	(+) 59 013 648

Aus dem württembergischen Landtage.

Stuttgart, 16. April. Bei der Beratung des Etats des Innern kam es am Freitag zu einer großen Debatte über Wohnungspolitik. Die Regierung hatte auf Grund früherer, im Landtage zutage getretener Wünsche den neuen Posten eines Landes-Wohnungsinspektors in den Etat eingestellt. Von der Sozialdemokratie war die Schaffung dieser neuen Stelle lebhaft begrüßt worden, da nur durch eine solche Landeszentralinstanz eine einheitliche Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge ermöglicht werden kann. Gegen dieses neue, aus Gründen der Sozialpolitik und Wohnungshygiene in gleichem Maße notwendige Amt liefen nun Bauernbund und Volkspartei mit einer Heftigkeit Sturm, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Aus agrarischen und kleinbürgerlich-reaktionären Gesichtspunkten heraus bekämpften beide Parteien prinzipiell die Einrichtung einer staatlichen Wohnungsinspektion unter dem Vorwande, daß es notwendig sei, den staatlichen Beamtenapparat weniger umfangreich und kostspielig zu gestalten, bekämpfte der Volksparteiler Haußmann das Eingreifen des Staates in die Wohnungsfürsorge überhaupt und wollte die Wohnungsinspektion der privaten Fürsorge überlassen wissen. In zwei eindrucksvollen Reden trat Genosse Dr. Lindemann diesem, in jeder Beziehung durch die gesellschaftliche Entwicklung überholten Standpunkt entgegen und schilderte eingehend die Zusammenhänge zwischen Volksgesundheit, Sittlichkeit und Charakterbildung einerseits und den Wohnungszuständen des arbeitenden Volkes andererseits. In der Stadt, wo die Mietskasernen dominieren, und ebenso auf dem Lande, das immer mehr industrialisiert wird, sei planmäßige Wohnungskultur zu treiben und darum müsse ein Landeszentralamt geschaffen werden, in dem alle der Wohnungsreform gewidmeten Bestrebungen ihren Mittelpunkt finden.

Die Abstimmung gestaltete sich infolge des heftigen Kampfes zu einer Entscheidung von großer sozialpolitischer Bedeutung, bei der die rückständige Haltung der Volkspartei ihr eine empfindliche Schlappe eintrug; denn der Etat-Titel wurde mit 45 gegen 37 Stimmen angenommen. Dafür stimmten Sozialdemokratie, Zentrum, 6 Nationalliberale und 3 Volksparteiler; dagegen stimmte das Gros der Volkspartei, der Bauernbund, die andere Hälfte der Nationalliberalen und ein Zentrumsmann.

Nationaler Steuerrummel.

Die Offiziösen des Fürsten Bülow haben gelernt, wie man Agitation betreibt; insbesondere der Chef der Reichskanzlei — Unterstaatssekretär v. Loebell — ist ein Meister auf diesem Gebiete. Jede, auch die unbedeutendste Kundgebung wird großspurig in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht, im Anschluß daran auch immer gleich das Danktelegramm mit dem Herrn v. Loebell im Namen des Reichskanzlers antwortet. Man muß nun den deutschen Spießer kennen, wie er ein solches Telegramm einer Reliquie gleich verehrt, unter Glas und Rahmen bringen und am Stammtisch aufhängen läßt. Diese Spekulation auf die Eitelkeit hat sich nicht als verfehlt erwiesen, denn in Erwartung des Danktelegramms häufen sich die zustimmenden Kundgebungen. Diese Art der Agitation soll ihre Krönung am 20. April, dem Tage des Wiederzusammentritts des Reichstages, finden. Bülow selbst wird in die Arena treten.

Wie die Scherlpresse verkündet, wird der Reichskanzler an diesem Tage Abordnungen aus allen Teilen des Reiches zur Entgegennahme von Adressen zugunsten der Reichsfinanzreform empfangen. Der Kanzler will bei dieser Gelegenheit eine bedeutungsvolle Ansprache halten und noch einmal die Gesichtspunkte der verbündeten Regierungen darlegen. Zwar hat man bisher von diesen Deputationen noch nichts gehört, aber die Ankündigung, daß Bülow solche Deputationen empfangen wird, wird natürlich nach der Richtung hin wirken, daß sich „patriotisch" gesinnte Männer aus allen Teilen des Reiches aufmachen, um an dieser Kundgebung teilzunehmen. Der Zweck ist offensichtlich: der Kanzler will den Konservativen zeigen, daß das „Volk" hinter ihm steht, und es gewinnt fast den Anschein, als ob die ganze Mache die Einleitung zu einer Auflösung des Reichstags bedeutet. Wie bei den Hottentottenwahlen, so soll auch jetzt die „patriotische Phrase" auf die Massen wirken. Die Situation ist klar. Mit dem Zentrum läßt sich Bülow auf keinen Fall ein, er will, daß der Block die Finanzreform macht. Schlägt das fehl, dann ist eine Auflösung des Reichstags sicher. Das Schicksal Bülows hängt dann davon ab, wie die nationale Phrase auf die Massen wirkt.

Verdrehung der Wahrheit.

Das Mandat des Genossen Brey-Hannover ist von dem Reichsverbändler Rechtsanwalt Kleinrath in Hannover angefochten worden, von der Mandatsprüfungskommission wurde das Mandat aber für giltig erklärt. Trotzdem schreibt die „Post" in ihrer Ausgabe vom Freitagvormittag, daß das Mandat nur deshalb für giltig erklärt werden konnte, weil ein Nachtrag zum Wahlprotest zu spät an den Reichstag gelangt sei. In Wirklichkeit lagen zwei Proteste vor, der bereits erwähnte und noch ein weiterer, den ein Rechtsanwalt Heiliger unterzeichnet hatte. Dieser Protest rügte die nicht richtige Aufstellung der Wählerliste. Namentlich meinte er, daß es nicht zulässig sei, nicht in der Liste stehende Wähler auf Antrag einer Partei nachträglich aufzunehmen. Die Wahlprüfungskommission erklärte den Protest für unbeachtlich, weil es jedermann freistehe, eine Ergänzung der Wählerliste zu beantragen. — Nach dem Protest des Reichsverbändlers sollen gewählt haben: 26 Ausländer, 66 Bezieher von Armenunterstützung, 21 noch nicht wahlberechtigte Personen, 5 Personen, denen das Wahlrecht entzogen war, drei Personen, die sich im Konkurs befanden. Außerdem sollen in der Wählerliste drei weibliche Personen gestanden haben. Letztere Behauptung hat die Wahlprüfungskommission sofort als glatte Unwahrheit festgestellt. Wem die oben bezeichneten Personen ihre Stimme gegeben haben, ist natürlich nicht zu ermitteln gewesen. In dem Nachtrage zum Protest ist eine Anzahl Fälle behauptet, in denen die Wähler ihre Stimmen nicht selbst abgegeben haben sollen. Eine reichsverbändlerische Behauptung ist aber noch lange kein Beweis. Der Protesterheber teilte unterm 19. März 1907 mit, daß er sein Material dem Staatsanwalt übergeben hätte; es ist uns aber bis heute noch nichts darüber zu Ohren gekommen, daß die Staatsanwaltschaft in Hannover Anlaß gehabt hätte, gegen die angeblichen Wahlfälscher einzuschreiten. Das Mandat des Genossen Brey wurde auf Antrag des Nationalliberalen Dr. Osann für giltig erklärt, weil er noch eine Mehrheit gehabt hätte selbst wenn die reichsverbändlerischen Behauptungen wahr gewesen wären.

Der erste deutsche Beamtentag,

welcher, von 5000 Personen besucht, in der „Neuen Welt" in Berlin am Sonntag abgehalten wurde, hat folgende Resolution angenommen:

„Die am 18. April 1909 in der neuen Welt zu Berlin zum ersten Deutschen Beamtentage versammelten Delegierten aus allen Teilen Deutschlands richten die von 5000 gleichzeitig versammelten Beamten unterstützte dringende Bitte an die Reichs- und Staatsregierung und an die Parlamente, die Beamtenschaft so schnell wie möglich in den Besitz der ihnen zugedachten Gehaltserhöhungen gelangen zu lassen. An den deutschen Reichstag aber ergeht die nicht minder dringende Bitte, nicht nur im Interesse der Beamtenschaft, sondern auch ganz besonders aus nationalen Rücksichten endlich die Reichsfinanzreform zu einem würdigen Abschlusse zu bringen und dabei nach den Vorschlägen der Regierung den Besitz in gebührender Weise heranzuziehen. Der erste Deutsche Beamtentag gibt schließlich einmütig seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Besoldungsvorlagen nicht einen vollen Ausgleich für die Entwertung des Geldes herbeiführen, daß aber die derzeitige schlechte Finanzlage des Reiches dem bewährten Patriotismus der Beamtenschaft das Opfer zumuten muß, sich einstweilen zu bescheiden!"

Dieser Beamtentag hat nur Bedeutung für die von Bülow geplante Aktion gegen die Junker. Es wird nun über sein Zustandekommen folgendes berichtet:

Der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg hat, wie das „Berliner Tageblatt" hört, an sämtliche Reichsbehörden ein Zirkular ergehen lassen, in dem er darauf hinweist, daß der Neuneraussschuß, der den heute stattfindenden Beamtentag einberufen hat, hierzu keinen Auftrag vom Reichsbeamtenverein erhalten hat. Dieses Zirkular wurde im Kaiserlichen Statistischen Amte von dem Präsidenten v. d. Borght mit dem Zusatze bekannt gegeben, daß er von dem Besuche der Versammlung abraten müsse. Die im Statistischen Amt bereits verteilten Karten zu der Versammlung wurden zurückgezogen. Unter den Beamten des Statistischen Amtes herrscht ob dieses Vorgehens des Präsidenten große Erregung. Es wird behauptet, das Statistische Amt sei die einzige Behörde, die die Teilnahme an der Versammlung in dieser Weise geradezu verboten hat.

Es scheint hiernach, daß Bethmann-Hollweg zugunsten der Junker die Aktion Bülows zu durchkreuzen versucht.

Die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente.

Eine ganz berechtigte Forderung ist es, daß die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von bisher 70 Jahren herabgesetzt wird, denn nur wenige der Versicherten, die jahrelang ihre Beiträge entrichtet haben, erreichen dieses hohe Alter. Man erwartete allgemein, daß die neue Reichsversicherungsordnung diesen unwürdigen Zustand beseitigen werde. Leider aber ist dies nicht geschehen. Ueber die Gründe, die zur Ablehnung geführt haben, teilen die offiziösen „Berliner Politischen Nachr." folgendes mit:

Hauptsächlich ist dies geschehen, weil die Mehrbelastung, die sich daraus ergeben würde, nicht zu tragen ist. Diese Mehrbelastung läßt sich, nachdem bei der Berufsstatistik von 1907 die Personen, für die Beiträge für die Invalidenversicherung entrichtet wurden, gezählt sind, feststellen. Berechnet man aus den von der Berufsstatistik des Jahres 1895 festgesetzten Zahlen der Versicherungspflichtigen der Altersjahre 48 bis 57 — unter Berücksichtigung der bisher gemachten Erfahrungen über Invaliditäts- und Sterbefälle — die Zahl der Mitte 1907 im Alter von 60 bis 69 Jahren stehenden Versicherungspflichtigen, so erhält man als Ergebnis die Zahl 495 936 und der im Alter von 65 bis 69 Jahren stehenden die Zahl 176 655. Die bei der Berufsstatistik von 1907 vorgenommene Zählung der Personen, für die Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet wurden, hat ergeben, daß die Zahl der Erwerbsfähigen der Altersklassen 60—69 sich auf 495 828 stellt. Die Zählung stimmt somit fast genau mit der Fortschreibung von 1895 überein. Hiernach würde man die Mehrbelastung nicht zu hoch anschlagen, wenn die ersteren Zahlen verwertet werden. Bei Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre würde sich somit die Zahl der Altersrentenempfänger um 170 655, bei Herabsetzung auf 60 Jahre um 495 936 erhöhen. Die durchschnittliche Altersrente betrug im Jahre 1907 161,64. Bei Zugrundelegung dieses Betrages ergibt sich eine jährliche Mehrbelastung durch die Herabsetzung auf 65 Jahre von 28,6 Millionen, durch die Herabsetzung auf 60 Jahre von 80,2 Millionen Mark. Im ersteren Falle würden die Versicherungsträger 19,7 und das Reich 8,9 Millionen Mark, im letzteren die Versicherungsträger 55,4 und das Reich 24,8 Millionen Mark aufzubringen haben. Um die Bedeutung der letzteren Summe zu übersehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß das Reich in den letzten Jahren einen Zuschuß von rund 50 Millionen Mark geleistet hat. Es würde sich also im ersteren Falle um eine Steigerung von 18 v. H., im zweiten um rund 50 v. H. handeln. Es muß der Reichsverwaltung recht gegeben werden, wenn sie der Meinung Ausdruck gibt, daß gegenüber dieser Mehrbelastung eine Herabsetzung der Altersgrenze nicht vorgeschlagen werden kann."

Eine wunderlichere Begründung hat man sobald nicht erlebt. Kann es dem Reiche wirklich darauf ankommen, bei Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre eine Belastung von noch nicht 9 Millionen Mark auf sich zu nehmen? In jedem Jahre werden doch Hunderte von Millionen gewissenlos für Heer und Marine, für Kolonialpolitik und andere Dinge ausgegeben, die der großen Masse des Volkes große Opfer auferlegen und die Taschen einer kleinen Zahl von Besitzenden füllen.

Italien.

Aus Messina. Belcredi, der Spezialkorrespondent des „Messaggero", berichtet aus Messina einen merkwürdigen und zugleich rührenden Fall. Ein Magazinier der staatlichen Monopole war um die Erlaubnis eingekommen, die er auch erhielt, in den Ruinen seines Hauses graben zu dürfen, da er noch einiges Hausgerät zu finden hoffte, mit dem er seine Baracke ausmöblieren könnte. Einige Arbeiter bewegten vorsichtig einige Steine — Grabsteine nennt man sie in Messina — und aus einer Höhlung sprang plötzlich mit verhältnismäßig großer Schnelle eine kleine Hündin. Freilich war es mehr das Gespenst, als ein lebendiges Wesen. Das Skelett zeichnete sich vollständig unter dem Fell ab, und die Augen traten aus ihren Höhlen. Vor Licht und Luft blieb das Tier eine Zeit lang wie betäubt, dann begann es zu schnuppern und mit dem Schwanz zu wedeln und stieß einen Laut aus, der Freudengebell hätte sein sollen. Es hatte mit Licht und Leben auch seinen Herrn wiedergefunden. Dieser heulte auf: „Mein Hündchen! Und noch lebend! Und wie heruntergekommen!" Und er umarmte es laut schluchzend und weinend. Dann fährt Belcredi fort:

Nach hunderttägigem Begräbnis feierte die Hündin — ich sage es ohne Verletzung der Ehrerbietung — seine Auferstehung, indem es aus diesem Massengrab (dazu ist Messina durch der Menschen Bosheit geworden) unerwartet auftauchte. Ihr Erscheinen erzeugte in mir eine Reihe von traurigen Gedanken und

düsteren Visionen. Wie hatte das Tier in hundert Tagen das Leben fristen können? In dem kleinen Raum, in dem es geschmachtet, verriet keine Spur die Anwesenheit von Leichen, es hatte sich also nicht von diesen genährt: nur fanden wir einen Korb, in dem noch Aepfel lagen. Wie viele menschliche Geschöpfe, die die heurigen Ostern verfluchen, werden wohl, wenn sie dies lesen, daran denken, was in den ersten Tagen nach der Katastrophe geschrieben wurde, nämlich, daß unter den Trümmern vielleicht Hunderte, Tausende von Menschen ähnlich, wie diese Hündin durch gefundene Vorräte viele Tage lang sich am Leben erhielten und doch nicht gerettet wurden! An die Menschenleben dachte man damals schon so wenig wie jetzt. Damals wollte man sie nicht ausgraben und jetzt will man die Ueberlebenden nicht unter Dach und Fach bringen. Ich werde nicht müde werden, zu wiederholen, daß die Regierung im Erdbebengebiet schlecht gehandelt und sogar einen moralischen Betrug begangen hat. Man sagte Italien, daß man die Ueberlebenden mit Notobdach versehen würde, das halten müsse, bis die Stadt wieder entstanden wäre, und Italien glaubte und zahlte. Und was schuf man? Einen Bretterwust, der Regen und Wind nicht abhält und in drei Monaten, falls er nicht vorher vom Feuer zerstört ist, zu nichts mehr nütze ist. Der Minister hat eine neue Kommission ernannt. Herrliches Land, unser Italien! Wenn ein Unglück passiert ist, denkt man nicht an Abhilfe, sondern ernennt eine Untersuchungskommission —, und das Gewissen ist beruhigt und der Minister kann mit Ruhe vor der Kammer sprechen. Unterdessen verschlimmern sich die schauderhaften Zustände. Erst jetzt, wo der König mit Vorwürfen kam, hat man in Messina die Aufräumung der Hauptstraße begonnen. Solches Chaos herrscht. Keiner von den Beamten weiß, was er tun soll, wofür er verantwortlich ist. In Reggio Calabria sind die Zustände viel besser. Aber dort war auch nicht Diktator jener General Mazza, der einem Beamten des Finanzministeriums, der Baracken für den Verkauf von Tabak und Salz errichten wollte, einfach sagte: „Wie? Ich lasse kein Brot mehr verteilen, damit die Leute sich endlich entschließen, Messina zu verlassen, und Sie kommen noch, um sie mit Pfeife und Tabak zu versorgen! Was fällt Ihnen ein?“ Nach dem Regime Mazzas kam das des Arbeitsministers, der von Rom aus alles selbst leiten, die Verantwortung aber den anderen überlassen will, die sich diese gegenseitig auf ihre Schultern abwälzen.

Unter diesem System, schließt Belcredi, erzeugte man nur Kleinigkeitskrämerei und unbewohnbare Baracken, die nicht vom Mitgefühl, sondern von der List der Regierung zeugen, die in den Ruinen nur Krokodilstränen vergoß. Erst wenn man einen vernünftigen Mann als alleinigen Leiter nach Messina schickte, könne man an Auferstehung der Stadt denken, sonst werde der einzige Auferstandene der — Hund des Magaziniers sein.

Türkei.

Die jungtürkische Gegenaktion. Uesküb, 18. April. Die Albanesenführer beratschlagten mit den jungtürkischen Offizieren über den Abmarsch Freiwilliger. Man vereinbarte ein Zusammengehen von Christen und Moslems. Die Freiwilligen wurden vom Komitee für Einheit und Fortschritt angenommen. Die Entscheidung fällt nach Eintreffen sämtlicher Albanesenführer. Auch die Albanesen zweifeln an der Loyalität des Sultans hinsichtlich der Konstitution.

Uesküb, 18. April. Auf der Durchreise von Wien nach Saloniki wurden Enver Bei und Hafi Bei von allen Nationalitäten frenetisch begrüßt. Beide erklärten, die Vorgänge in Konstantinopel seien rein reaktionärer Natur, sie blicken aber bei der Haltung der Bevölkerung und des Offizierkorps und auf Grund der aus allen Teilen des Reiches einlaufenden Depeschen mit größter Zuversicht in die Zukunft.

Saloniki, 18. April. Enver Bei und Niazim Bei befinden sich noch hier. Sie wollen die Ereignisse in Monastir und Uesküb, wo die Geistlichkeit die Bevölkerung gegen die Jungtürken aufwiegelt, abwarten. Nach hier eingetroffenen Meldungen haben die von Saloniki und Adrianopel abgegangenen Truppen sich in Tschataldscha vereinigt und sind in der Nähe von St. Stephano eingetroffen.

Konstantinopel, 18. April. Auf der Pforte und im Palais herrscht sichtliche Unschlüssigkeit über die zu ergreifenden Maßnahmen, falls das zweite und dritte Korps ihre Bataillone weiter nach der Hauptstadt vorschieben. Man teilt die Hoffnung, daß es ebenso harmlos ablaufen wird, wie mit den 1000 Mann von Hademkoi, wo vor dem Parlament Deputationen und Reden ausgetauscht wurden, wobei ihre Führer die Ueberzeugung vertraten, daß die Verfassung nicht kompromittiert sei. Die 1000 Mann von Hademkoi wurden später mit Tee bewirtet und sollen angeblich abends nach ihrem Standorte zurückgekehrt sein. Letzterer ist von Salonikier Truppen besetzt. Im Besitz der strategischen Linie Tschataldscha-Hademkoi vermögen sie die Hauptstadt vollständig von Europa abzuschneiden. — Der Orientexpreß traf mit 7 Stunden Verspätung ein. Die Reisenden berichten, daß der Aufenthalt auf der Strecke durch die fortgesetzten Militärtransporte verursacht worden sei.

Saloniki, 18. April. Ein Spezialzug mit Artillerie ist nach Murabli abgegangen. Enver Beys Anwesenheit hat das Vertrauen auf das Gelingen der gestellten Aufgabe gefestigt. Er ermahnte das Volk, fest an der Verfassung zu halten. Panitza bot 200 Mann bulgarische Freiwillige an, die das Komitee annahm.

Saloniki, 19. April. Der Gouverneur von Saloniki und der Kommandeur des dritten Armeekorps erhielten aus Konstantinopel gestern telegraphisch den Befehl, den weiteren Vormarsch der Jungtürken zu verhindern, damit eine Katastrophe vermieden werde. Die beiden antworteten aber, das Komitee verweigere der Regierung Anerkennung und Gehorsam und sei entschlossen, in Eilmärschen vorzugehen und den Rachezug mit aller Gewalt durchzuführen.

Konstantinopel, 19. April. In einer aus Stefano datierten Depesche wird mitgeteilt: Besuchte soeben das Salonikier Detachement in Knetschuek, 200 Mann, davon die Hälfte Freiwillige. Offiziere in Mannschaftskleidung, sichern den Bewohnern völligen Schutz zu. Der Vormarsch sollte gestern beginnen.

Die 30 Abgeordneten, die nach Tschataldje gefahren waren, wurden von den Truppen mit der Frage empfangen: Habt ihr den Kopf des Sultans? Wir verlangen ihn, damit wir sicher sind, daß die Verfassung fortan nicht angetastet wird. Die Komiteemitglieder fordern die Absetzung oder Abdankung des Sultans, die Einsetzung Reschads und die Bestrafung der Offiziere und Minister. 200 Offiziere und mehr haben beim Koran geschworen, den Sultan zu töten.

Aus fast allen Städten Mazedoniens und verschiedenen Anatoliens laufen Protesttelegramme gegen die Reaktion ein.

Bielefelder Stadttheater.

en. Sonnabend, 17. April: Der Freischütz, romantische Oper in 4 Aufzügen von Kind, Musik von Weber. Es war eine sehr gute Aufführung. Besonders Paula Grahl als Agathe war ausgezeichnet. Elisabeth Léclair sang das Aennchen recht stimmungsvoll. Carl Kruthoffer stand als Kaspar nicht an seiner rechten Stelle, verderben wird natürlich dieser treffliche Sänger nichts. Franz Birrenkoven paßte gut zum Max. Gut waren auch die Rollen des Ottokar, Cuno, Eremiten und Kilian mit Josef Schutzner, Benno Diabal, Fritz Bergmann und Carl Baumann besetzt.

Brillant war der Spuk in der Wolfsschlucht. Das brachte zusammen mit der Musik eine wundervolle Wirkung hervor.

Sonntag, 18. April: Lohengrin, romantische Oper in 3 Aufzügen von Wagner. Das war wohl bisher der Höhepunkt der Saison. Der Gesamteindruck war geradezu überwältigend. Ernst Brandenberger war großartig als Lohengrin; die Erzählung von Monsalvat war herrlich. Paula Grahl war ebenso als Elsa brillant. Und es wurde überhaupt famos gesungen, auch Chor und Orchester und nicht zuletzt Max Cahnbley gebührt die größte Anerkennung.

Kommunales.

Unkorrekte Wählerlisten. Dortmund, 15. April. In Kamen bei Dortmund waren die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl zum Schaden der Wähler der dritten Abteilung derart unregelmäßig aufgestellt, daß das Oberverwaltungsgericht auf den Protest der Sozialdemokratie hin die Wahl zweier Zechenkandidaten für ungiltig erklärte. Die Neuwahl ist nun auf den 19. und 20. April cr. festgesetzt. Am gleichen Tage finden in Kamen die Kontrollversammlungen statt. Man hofft offenbar, durch das „zufällige“ Zusammentreffen der beiden Termine die Sozialdemokratie aus dem Stadthause fernzuhalten, da die Kontrollmannschaften bekanntlich am Tage der Kontrollversammlung unter Militärgesetz stehen und zweifellos die Stimmabgabe für einen Sozialdemokraten nach dem Militärgesetz strafbar sein dürfte

Abgelehnte Arbeitslosenfürsorge. Auf Anregung des Gewerkschaftskartells war dem Stadtparlament Offenbach eine Vorlage zugegangen, wonach 3000 Mk. für Arbeitslose solcher Berufe, die Notstandsarbeiten nicht leisten können, als Barunterstützung gegeben werden sollten. Als Unterstützungssätze sollten gelten: 3 Mk. wöchentlich für Ledige, 4 Mk. wöchentlich für Verheiratete, 5 Mk. wöchentlich für Verheiratete mit Kindern. Die Austeilung für Organisierte sollte das freie und das christliche Gewerkschaftskartell, für Unorganisierte der betreffende Polizeibezirk vornehmen. Die Kontrolle über die verausgabten Gelder sollte die Stadt ausüben.

Nachdem die Angelegenheit seit November vorigen Jahres verschleppt worden war, wurde sie gestern endgiltig abgelehnt. Die Stadt Mainz hat zu dem gleichen Zwecke 10 000 Mk. bewilligt.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 19. April.

— **Die Wichtigkeit des Spazierengehens.** Ein bekanntes Scherzgedicht beginnt mit den Worten: Schön ist's, wenn's schön ist, spazieren zu gehen“; diese körperliche Uebung sollte aber nicht nur aus Schönheitsrücksichten, sondern hauptsächlich um unserer Gesundheit willen als eine der wichtigsten Pflichten unseres täglichen Lebenslaufes betrachtet werden. Es ist schon schlimm genug, wenn etwas Derartiges, was doch für jeden Vergnügen und Erholung bedeuten soll, als eine Pflicht bezeichnet werden muß, aber das hat die moderne Kulturentwicklung mit sich gebracht, wenn man den Begriff „Kultur“ etwas weit faßt und auch das ganze soziale Getriebe des heutigen Großstadtlebens darin einschließt. In einer wirklichen Großstadt, wo der Verkehr auf der Höhe steht, verfällt der Mensch, der viel zu viel zu arbeiten hat, leider überhaupt gar nicht auf den Gedanken, er könnte auch einmal spazieren gehen, oder er leistet sich eine so außerordentliche Beschäftigung nur an Sonn- und hohen Feiertagen. Sonst zeigt er sich, sobald er seine Haustür verlassen hat, stets bestrebt, in möglichst schnellem Schritt die nächste Straßenbahn oder ein anderes geeignetes Verkehrsmittel zu erwischen, und er ist noch stolz darauf, wenn er alle Möglichkeiten des Fortkommens per Achse so vollkommen beherrscht, daß er höchstens ein paar hundert Schritte am Tage zu gehen braucht. Die Folgen dieser Entwöhnung vom Gebrauch der pedes apostolorum sind schlimmer, als man denkt. Wenn sie sich über kurz oder lang durch einen Niedergang der Gesundheit zeigen, wird es zwar schwer sein, den Anteil, den der Mangel an körperlicher Bewegung daran gehabt hat, genau festzustellen; man kann aber ganz sicher sein, daß ein Zusammenhang von Ursache und Wirkung dieser Art besteht. Daher ist es eine bedeutsame Aufgabe, zugunsten der Volksgesundheit der Entwöhnung von Spazierengehen in weiteren Kreisen entgegenzuarbeiten. Das kann schon auf den Schulen geschehen, wie es der in seinem Streben gar nicht hoch genug zu lobende „Wandervogel“ tut; ferner durch Vereine und anderes. Dazu muß aber auch, wie ja oft genug hervorgehoben wird, die Vervollkommnung und Verbilligung der Verkehrsmittel beitragen, die den Großstädter aus der rauch- und staubgeschwängerten Luft seines Wohnsitzes ins Freie hinaustragen. In das gleiche Kapitel gehört ferner alles, was für die Erhaltung der Natur und insbesondere der Wälder in der Nähe der Großstädte geschieht oder angestrebt wird. Die Vernichtung von Parks innerhalb des Weichbildes einer Großstadt oder die Abholzung von Wäldern in ihrer unmittelbaren Umgebung ist vom Standpunkt der Volksgesundheit nur als schlechthin unmoralisch bezeichnet worden, und kein fiskalisches oder sonstiges Interesse des Geldbeutels kann eine Entschuldigung dafür bieten. Je mehr sich die Bestrebungen, die sich gegen derartige gesundheitsfeindliche Eingriffe in die Natur richten, zusammenschließen und dadurch ihren Einfluß verstärken, desto besser ist es für den Teil der Menschheit, der in der Fähigkeit zur Entwicklung seines Geisteslebens zwar besonders gut gestellt, aber in seinem Verhältnis zur frischen und freien Natur am meisten zu bedauern ist, für den Großstädter. Mit der Forderung, daß jeder seinen täglichen Spaziergang machen solle, ist es eben nicht getan, sondern es muß auch mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß auch innerhalb und in der nächsten Nachbarschaft der Städte Gebiete von nicht zu kleinem Umfang vorhanden sind, in denen sich das Spazierengehen vom Standpunkt der Bedürfnisse unserer Gesundheit von Leib und Seele lohnt.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute kommt die romantische komische Oper „Martha“ zur Aufführung. Das Musikdrama „Tiefland“ von Eugen d'Albert wird morgen (Dienstag) bereits zum dritten Male gegeben. Sonnabend geht „Carmen“ zu kleinen Preisen in Szene.

— **Sommertheater Bielefeld.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Herr Direktor Hans Freihen ist zurzeit in Berlin. Ein gut zusammengestelltes Ensemble ist bereits komplett. Herr Direktor Freihen, der in diesem Jahre vornehmlich Lustspiel, französischen Schwank und Posse pflegen wird, hat bereits die zugkräftigsten Novitäten der Residenz für Bielefeld angekauft, u. a. „Wo wohnt sie denn?“, „Das Mitternachtsmädchen“, „Liebesgewitter“. Die Saison beginnt am Himmelfahrtstage.

— **Freie Volksbühne.** Die Bezirkskassierer werden ersucht, bis Dienstag abzurechnen. Diejenigen Mitglieder, bei denen nicht kassiert wurde, müssen ihre Beiträge bis Mittwoch abend beim Genossen Böttcher bezahlen. Die Verlosung der Plätze findet am Donnerstag, nachmittags von 5—7½ Uhr, in der Zentralhalle statt. Textbücher zum Preise von 25 Pfg. sind bei der Verlosung und Freitag abend an der Theaterkasse zu haben.

* Herford, 18. März. In der Erkenntnis, daß auch in der Entwicklung des freien Turnwesens die Zentralisation dem Einzelnen wie der Allgemeinheit wesentliche Vorteile schafft, haben die hiesigen Arbeiter-Turnvereine „Frisch auf“ und „Vorwärts“, welche bisher zwei Abteilungen der hiesigen freien Turnerschaft bildeten, in ihren letzten Generalversammlungen den Beschluß gefaßt, sich zu einer Abteilung zu vereinigen. Wie im Inseratenteil ersichtlich ist, findet nun morgen, Dienstag, abend, die erste General-Versammlung des neuen Vereins statt, welche die Grundlagen schaffen und die Leitung wählen soll. Hoffentlich wird kein Mitglied der beteiligten Vereine der angezeigten General-Versammlung fernbleiben. Der Verschmelzungs-Beschluß ist in beiden Vereinen einstimmig gefaßt worden; hoffentlich ein gutes Omen für den Verlauf der General-Versammlung und die Entwicklung des Vereins. In diesem Sinne dem neuen Verein ein „Frei Heil!“.

* Spenge, 18. April. Gemeindevertretersitzung am 16. April. Tagesordnung: 1. Besichtigung des Weges von dem Kleinbahngeleise bis Ww. Ebeler und Beschlußfassung über den für die Wegebesserung zu leistenden Zuschuß. 2. Antrag der Kirchengemeinde auf Ueberlassung eines Fahrweges durch die Holzwiese. 3. Entschädigung der Firma Kronsbein u. Heiner für die zum Chausseebau Enger—Spenge abgetretenen Absplisse. 4. Antrag auf Erhöhung der Zahl der Gemeindeverordneten von 6 auf 9. 5. Antrag der Freiwilligen Feuerwehr auf Uebernahme der Kosten für verschiedene Montierungsstücke. 6. Verlegung des Schweinemarktes. Der in Punkt 1 genannte Weg wurde besichtigt. Da dieser Weg jedoch ein Interessentenweg ist, wurde von einer Chaussierung Abstand genommen, hierfür soll ein Schulweg angelegt werden. Der Kirchengemeinde wird das Recht eingeräumt, den Weg für 1 Mk. jährlich widerruflich zu benutzen. Die beiden folgenden Punkte wurden vertagt. Der Antrag zu 5 wurde abgelehnt. Zu Punkt 6 wurde beschlossen, den im August stattfindenden Schweinemarkt auf den 1. oder 2. Mittwoch im Monat Juni zu verlegen.

* **Salzuflen**, 18. April. Achtung, Maler! Die Malergehilfen von Salzuflen haben den Meistern und dem Arbeitgeberverbande einen Tarifentwurf unterbreitet. Derselbe sieht bei 10stündiger Arbeitszeit einen Mindestlohn von 45 Pfg. für ältere und 42 Pfg. für jüngere Gehilfen vor, neben den üblichen Aufschlägen für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Da der Arbeitgeberverband auf Grund seines Schreibens die Absicht zu haben scheint, die Sache zu verschleppen, so ersuchen wir alle Kollegen, den Zuzug nach Salzuflen fern zu halten.

* **Vehlen**, 18. April. Bergarbeiterversammlung. In einer gutbesuchten Versammlung sprach gestern Reichstagsabgeordneter Otto Hue-Essen über die Behandlung der Bergarbeiter durch den preußischen Landtag und die Regierung. Redner führte aus, daß die Arbeiter bestrebt seien, ihre Lage zu verbessern, während die Unternehmer beflissen seien, möglichst hohe Gewinne zu erzielen auf Kosten der Arbeiter und möglichst niedrige Gedinge und Löhne zu zahlen. Auch im Bergbau herrschten gleiche Verhältnisse. Jahrhunderlang habe der Kampf zwischen Bergbau-Unternehmern und Arbeitern gedauert. Man habe versucht, diese Kämpfe auf parteipolitische Umtriebe zurückzuführen, doch entspreche dies nicht der Wahrheit. In den 70er Jahren habe man den Jesuiten die Schuld beigemessen, in neuerer Zeit sollten es immer die Sozialisten sein, die die Arbeiter aufhetzten, aber noch niemals sei behauptet worden, daß die Unternehmer aufhetzten, es sei immer wer anderer. Nun habe anfangs Januar in Berlin im Palasthotel eine geheime Sitzung von Bergwerksunternehmern aus ganz Preußen und auch aus hiesigen Bezirken stattgefunden, in welcher man nach einem dem Verbande zugegangenen Protokoll darüber beraten habe, was man tun müsse, um das von der Regierung zum Schutz des Bergarbeiterlebens, Beseitigung von Mißständen dem preußischen Landtag vorgelegte Berggesetz zum Scheitern zu bringen. Er wolle gleich bemerken, daß dieses Protokoll nicht entwendet worden sei. Wenn von Leuten gesagt werde, die Bergarbeiter sollten nur Vertrauen zu den Behörden oder der Regierung haben, diese würden alle ihre Wünsche erfüllen, so müsse er dieses bestreiten, denn das Vertrauen der Bergleute sei schon bei verschiedenen Gelegenheiten schnöde mißbraucht worden. Aus Schaumburg-Lippe hätten die Bergarbeiter an den preußischen Landtag eine Petition gerichtet, in welcher sie um eine Aufbesserung der Löhne um 30 Pfg. pro Schicht gebeten hätten. Nachdem diese Petition lange Zeit verschleppt worden sei, sei sie endlich abgelehnt worden, nur die sechs sozialistischen Abgeordneten hätten dafür gestimmt. Der Zentrumsabgeordnete Brust, der selbst 16 Jahre Bergarbeiter gewesen sei, habe erklärt, er sei nicht in der Lage, für die Petition zu stimmen, die Bergleute könnten ja einen Wagen mehr herausschlagen, dann hätten sie mehr Gedinge. Dieses sei ja wohl möglich, wenn sich die Bergleute bis aufs Blut schinden würden, aber die Sicherheit der Grube müsse darunter leiden. Die Leute, die gegen die Petition gestimmt hätten, hätten in derselben Woche einer Gehaltserhöhung der Beamten, die 4—7000 Mk. Gehalt bezögen, zugestimmt. Redner wandte sich noch einmal gegen die Geheimversammlung der Bergwerksunternehmer, die alles aufbieten würden, das Gesetz zum Scheitern zu bringen, selbst wenn sie den Minister stürzen müßten. Redner besprach sodann den Gesetzentwurf. Die Regierung wolle sogenannte Sicherheitsmänner, die einmal im Monat die Gruben kontrollieren sollten. Diese Kontrolle sei aber illusorisch, deshalb müßten als Kontrolleure praktische Bergleute, die unabhängig von der Grube seien und aus Staatsmitteln besoldet würden, angestellt werden. Das sei eine Forderung, die mit allem Nachdruck vertreten werden müßte. Hue besprach sodann die Flugblatt-Angelegenheit und betonte, daß die Verbandsleitung in keiner Weise mit dem Flugblatt irgend etwas zu tun gehabt habe; die Angelegenheit werde durch die vom Verbandsvorstand angestrengte Klage wohl klargestellt werden. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, für den Bergarbeiterverband zu wirken.

Vermischtes.

Fahrkarten über Riesenstrecken. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Unter dieser Spitzmarke gaben wir unlängst aus dem Welt-Courier eine Notiz wieder, in der als weiteste Strecke, für die direkte Fahrkarten gelöst werden werden können, die Route Berlin—Irkutsk (7757 Km.) bezeichnet war. Wie man uns nun mitteilt, gibt es in der Fahrkarten-Ausgabe im Frankfurter Hauptbahnhof direkte Fahrkarten für Strecken von weit über 10 000 Km. Es sind dies Fahrkarten nach Ostasien, Japan und China über den sibirischen Landweg, z. B. nach Charbin (10 751 Km.), Wladiwostok (11 529 Km.), Zuruga (12 444 Km.), Nagasaki (12 749 Km.), Shanghai (13 620 Km.) Der Fahrpreis nach letzter Station beträgt für die erste Klasse 926,40 Mk., die zweite Klasse 653,15 Mk., die dritte Klasse 251,30 Mk. Das Gepäck wird ebenfalls direkt abgefertigt. Die Fahrkarten sind drei Monate giltig, auch kann die Fahrt beliebig unterbrochen werden. Wer es etwas eiliger hat, kann die weiteste Strecke recht gemütlich in 15- bis 16 Tagen zurücklegen.

In der sensationellen Honigfälschungsaffäre in Hamburg haben sowohl der Kaufmann Wichmann als auch der Inhaber der Dr. Polleniusschen Fruchtzuckerfabrik Frohloff ein Geständnis abgelegt. Wichmann war schon mehrere Male wegen Honigverfälschung angeklagt, wurde aber stets freigesprochen. Interessant ist die Tatsache, daß Frohloff in Imkerkreisen den Kunsthonig in schärfster Weise bekämpfte und sich stets als Vertreter des reinen Naturhonigs aufspielte.

Eine Familientragödie ereignete sich Sonntag in Moabit in Berlin. Im Hause Bredowstraße 30 vergiftete die 22jährige aus Bayern stammende Frau Seibt infolge Nahrungssorgen und ehelicher Zwistigkeiten ihre beiden Kinder im Alter von 1 und 2 Jahren und vergiftete sich dann selbst mit Lysol.

Absturz. Vom Bodensee wird der „Frankf. Zeitung“ gemeldet: Am Südabhange des Pfänders in nächst Fluh stürzte der 60jährige Advokaturbeamte Güttner aus Lindau von einer etwa 40 Meter hohen Felsterrasse und starb kurz darauf an den erlittenen Verletzungen.

Eine Ehetragödie spielte sich Sonntag in Ostrog ab. Dort erschoß der Ziegeleibesitzer Hentschel seine Frau und nahm sich dann selbst durch Erhängen das Leben. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Spenge. Sie haben den Bericht von der Gemeindevertretersitzung ganz richtig an die „Redaktion der Volkswacht“ gesandt.

Nach Coesfeld. Die Maifeier findet nach den Beschlüssen der Parteitage nur am 1. Mai statt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Albin Schädlich**, für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher**, beide in **Bielefeld**.

Eine grosse
Konfektions-Woche
beginnend
morgen früh 9 Uhr.

Wir haben in der Woche vor Ostern in Gemeinschaft mit unseren auswärtigen Häusern mehr als 5000 Teile

Damen-Konfektion

hervorragend billig erworben.
Unserer Kundschaft unterbreiten wir nachstehend eine Offerte, wie solche nur selten geboten wird.
Die offerierten Artikel gelangen von morgen früh 9 Uhr ab in der ersten Etage zum zum Verkauf.

Eine grosse
Konfektions-Woche
beginnend
morgen früh 9 Uhr.

Grosser Posten **Jacken-Kleider**
nur Neuheiten dieser Saison aus hübschen hellen Stoffen, aus hübschen hellen englischen Stoffen, aus prima Kammgarn-Cheviot, aus Chevronstoffen und aus Tuch
Serie I jedes Kleid **12.75** Serie II jedes Kleid **19.75** Serie III jedes Kleid **29.00**

Neu eingetroffen sind:
Ca. **100** ganz feine **Jacken-Kleider**
aus aparten Stoffen und zuletzt erschienenen Macharten in der Preislage von
35.00 bis **125.00**

Zehn vorjährige
Jacken-Kleider
darunter kostbare Sachen
zum Aussuchen per Stück **7.50**

Vorjährige
Kostüm-Röcke
darunter ganz feine Sachen und zwar reinwollene Faltenröcke, hübsche gestreifte Plissé
zum Aussuchen per Stück **2.75**

Seltene Gelegenheit!
Kimonos
aus Tuchstoffen und aus englischen Stoffen
6.90 **9.75**

Ganz enormer Posten
Engl. Paletots
aus soliden Stoffen, in neuen Mittelfarben und in hell und dunkel
Serie I **4.50** Serie II **6.90** Serie III **9.75** Serie IV **13.50** Serie V **17.50**

Grosser Posten
Staub-Paletots
aus hübschen hellen Stoffen aus Ia. Covercoat, aus Gambrastoffen
rie I **4.50** Serie II **7.50** Serie III **10.75** Serie IV **13.50**

Ein ganzer Lagerbestand
Noch nie geboten! **Backfisch- und grosse Kostüm-Röcke**
für den täglichen Gebrauch aus solidem blauen Cheviot.
Serie I **1.65** Serie II **2.90**

Grosser Posten
schwarze **Frauen-Paletots**
Hängerfasson, geschweifte und anliegende Sachen.
Serie I **19.50** Serie II **29.00**

Seltene Gelegenheit!
Enormer Posten farbige **Kostüm-Röcke**
und zwar aus hübschen hellen engl. Stoffen, grösstenteils Mieder-Röcke
Serie I jeder Rock **5.75** Serie II jeder Rock **7.75** Serie III jeder Rock **11.75**

Posten ganz feine
crême Mieder-Kostüm-Röcke
aus feinem Wollbatist, teils mit Entredeux und Schleifen
zum Aussuchen per Stück **14.50**

Ganz enormer Posten
Wollmusselin-Blusen
grösstenteils ganz auf Futter
Serie I **2.90** Serie II **4.75** Serie III **6.90**

Posten ganz feine
Wollmusselin-Blusen
nur moderne Dessins
Serie I **7.75** Serie II **8.75** Serie III **9.75**

Seltene Gelegenheit!
Grosser Posten **crême Wollbatist-Blusen**
ganz auf Futter, reizende Saison-Neuheiten
3.90 **5.90** **6.90**

Posten
feinste Wollbatist-Blusen
erstklassiges Fabrikat
8.75 **9.75**

2271

S. Alsberg & Co.

Kinematographen-Theater zur alten Post. 2272

Nur allerneueste und erstklassige Darstellungen!

Stierdressur in Carmague.
Interessante Tierbilder.
In einem Teile Südfrankreichs unternimmt die Landbevölkerung die Trainierung der Stiere für den Kampf in der Arena und es ergeben sich dabei aufregende, äußerst spannende Situationen.

Der Jongleur.
Elegante und verblüffende Jongleurspiele mit Hüten und Münzen von einem Künstler in seinem Fach.

Detektiv-Schliche.
Auf geniale und doch amüsante Weise entlarvt ein Geheimpolizist ein junges Verbrecherpaar.

Die Spielwut.
Durch seine Leidenschaft für das Spiel in dem prächtigen Monaco wird ein junger Mann zum Mörder eines Bekannten. Nachdem er sein Opfer ins Meer versenkt, vermeint er auf der Promenade den Ermordeten wieder zu erblicken, hat aber in Wahrheit einen Detektiv vor sich, der ihn in der Maske des einstigen Freundes verfolgt und endlich seiner grausen Tat überführt.

Der Fliegenfänger.
Die Plagegeister der wärmeren Jahreszeit belästigen einen jungen Mann so stark, daß er sich ihrer bei verschiedenen Gelegenheiten auf unangenehme Art entledigen muß.

Aus den Tiefen des Lebens.
Ein Drama, das den krassen Gegensatz zwischen bitterstem Elend und großem Reichtum zeigt, aber mit der edlen Tat eines reichen Mannes seinen Abschluß findet.

August und Ede.
Humoristische Streiche zweier Landstreicher, die sich einen guten Tropfen durch eine noch nicht dagewesene Manipulation verschaffen.
Ferner: **Ein Tonbild** von besonders guter Wirkung.

grosse
ktions-
che
nend
uh 9 Uhr.
eider
reislage von
os
chen Stoffen
13⁵⁰
Serie II
2⁹⁰
cke
r-Röcke
III
Rock
11⁷⁵
ne
Blusen
Serie III
9⁷⁵
sen
2271
ost.
2272
ungen!
uguft und Ede.
ristische Streiche zweier
reicher, die sich einen guten
n durch eine noch nicht
esene Manipulation ver-
schaffen.
: Ein Toubild
besonders guter Wirkung.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 90. Bielefeld, Montag, 19. April 1909. 20. Jahrg.

Pastor Boese.

Polizisten und Pastoren gehören zu den auserlesenen Stützen des Staates der frommen Sitte und — Klassenordnung. Wer das Pech hat, von einem jener Repräsentanten körperlich oder moralisch mißhandelt zu werden, läuft auch noch Gefahr — wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder wegen Beleidigung der staatsanwaltlich besonders Geschützten ins Gefängnis zu wandern.

Daß ein Zivilbürger, der von einem Schutzmannssäbel traktiert worden war, nachher die Anklagebank ziert und im „Namen des Königs" bestraft wird, gehört ja nicht zu den Seltenheiten. Daß es aber auch gefährlich ist, sich über eigenartiges Betragen eines Gottesmannes bei der zuständigen Behörde zu beschweren, dafür liegt uns ein Urteil vor, das wir als Kulturdokument der Oeffentlichkeit unterbreiten wollen. Der Sohn eines Landwirtes erzählte diesem, ein Diener des Herrn habe während des Konfirmationsunterrichts den Kindern die — Nordseite seines Daseins gezeigt und dabei die Frage gestellt, ob das der — Spiegel des Menschen sei? Der Vater beschwerte sich daraufhin über den Pastor, und die Folge war eine Strafanzeige wegen Beleidigung gegen den — Beschwerdeführer! Es ist nicht das Verdienst des Pfarrers, daß die Anzeige nicht zu einer Verurteilung führte, wie der nachfolgende Beschluß dartut:

Beschluß.

In der Strafsache gegen 1. den Bauerngutsbesitzer Johann Markau; 2. den Windmüller Ernst Brennike in Dierberg, Kreis Ruppin, wegen Beleidigung (§ 186 St.-G.-B.) wird der Antrag der königl. Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt.

Gründe:

Die als Zeugen vernommenen Knaben Arnold Salomo, Walter Markau und Adolf Hohn haben übereinstimmend bei ihrer gerichtlichen Vernehmung bekundet, daß der Pastor Boese, als er am 21. März 1908 beim Konfirmandenunterricht auf seine Frage: „Welches ist der Spiegel des Menschen?" von dem Knaben Salomo die Antwort erhalten hatte: „die menschliche Gestalt", sich herumgedreht, den Rumpf vorwärts gebeugt hat, so daß seine Rockschöße auseinanderfielen, und gefragt hat, indem er sich mit beiden Händen auf sein den Kindern zugewandtes Gesäß faßte: „Ist das vielleicht der Spiegel?"

Mit diesen Angaben stimmen die Angaben des Beschuldigten in den an die königliche Regierung in Potsdam bezw. an das königliche Konsistorium in Berlin gerichteten Eingaben vom 25. März und 15. April 1908, welche die Grundlage der Anklage bilden, im wesentlichen überein. Soweit sich unbedeutende Abweichungen ergeben, sind dieselben mit Wahrscheinlichkeit darauf zurückzuführen, daß die Vorgänge den Beschuldigten in etwas anderer Form mitgeteilt worden sind. Jedenfalls fehlt jeder Anhalt dafür, daß die Beschuldigten an der Richtigkeit der in ihren Eingaben wiedergegebenen Darstellung gezweifelt haben.

Unter dieser Voraussetzung waren sie berechtigt, das Verhalten des Pfarrers Boese als mit einem gedeihlichen Konfirmandenunterricht im Widerspruch stehend anzusehen und als Eltern der in Betracht kommenden Kinder oder als Angehörige der Kirchengemeinde sich mit der Bitte um Abhilfe an die vorgesetzte Behörde des Pfarrers als die zuständige Stelle zu wenden. Auch aus der Form und dem Inhalt der Anzeigen oder aus den begleitenden Umständen ist das Vorhandensein einer Beleidigung, das heißt die Absicht zu beleidigen, nicht ersichtlich. Insbesondere kann aus dem Umstand, daß die erste Anzeige anonym erstattet ist, nicht mit Notwendigkeit das Gegenteil gefolgert werden. Ebensowenig kann deshalb, weil der Beschuldigte Markau bei Schilderung der Vorgänge durch seinen Sohn lachte, die Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Eingaben verneint werden: denn wenn der an und für sich einer gewissen Komik nicht entbehrende Vorgang bei seiner Schilderung vorübergehend zu einem Lachen führte, so kann und wird gleich darauf doch der Unwille über die etwas derb drastische Gestaltung des Konfirmandenunterrichts die Oberhand gewonnen haben.

Hiernach steht den Beschuldigten der Schutz des § 193 St.-G.-B. in einer die Strafbarkeit ausschließenden Weise zur Seite.

Neu-Ruppin, den 4. Dezember 1908.
Königliches Landgericht. Strafkammer 3.
(gez.) Dr. Schleußner. Rieve. Gerloff.
B. E.

Ausgefertigt.
Neu-Ruppin, den 12. Dezember 1908.
Stempel. Kirchmann.
Gerichtsschreiber des kgl. Landgerichts, Strafk.

Es wird wohl kein Leser auf den Gedanken kommen, die unter strammer Kirchenzucht stehenden, in frommer Sitte erzogenen Knaben auf dem von Großstadtsünden nicht verseuchten Lande hätten sich die Beschuldigung gegen den Pfarrer einfach aus den Fingern gesogen. Anderer Ansicht scheint das königl. Konsistorium der Provinz Brandenburg zu sein. Das Pikanteste von der ganzen Geschichte folgt nämlich noch. Auf Grund des mitgeteilten Beschlusses machte der Landwirt Markau eine Eingabe an die genannte Behörde. Hier die Antwort:

Kgl. Konsistorium der Provinz Brandenburg.

Berlin SW., den 18. Februar 1909.
Schützenstraße 26.

Auf Ihre an den evangelischen Ober-Kirchenrat gerichtete, an uns zur weiteren Veranlassung abgegebene Eingabe vom 18. Dezember 1908 betreffend Herrn Pfarrer Boese:

Ihre Annahme, daß die dritte Strafkammer des kgl. Landgerichts in Neu-Ruppin den Antrag der kgl. Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Sie und Herrn Brennicke deshalb abgelehnt habe, weil das, was Sie über Herrn Pfarrer Boese seinerzeit behauptet haben, „nur volle Wahrheit" sei, ist unzutreffend.

Der Beschluß der Strafkammer vom 4. Dezember 1908 läßt es völlig dahingestellt, ob Ihre Angaben der Wahrheit entsprechen, er nimmt nur an, daß Sie und Herr Brennicke „an der Richtigkeit der in Ihren Eingaben wiedergegebenen Darstellung nicht gezweifelt haben." Die Strafkammer meint, daß Sie „unter dieser Voraussetzung" (d. h. wenn Sie die Mitteilungen der Knaben Arnold Salomo, Walter Markau und Adolf Hohn für richtig gehalten haben) berechtigt waren, sich an uns mit der Bitte um Abhilfe zu wenden.

Da wir jedoch keine Veranlassung (!) haben, den genannten Knaben mehr Glauben zu schenken als dem Pfarrer Boese, so haben wir auch keinen Grund, an dem von diesem erteilten Konfirmandenunterricht etwas auszusetzen und die von Ihnen gewünschte Abhilfe zu schaffen.

Wenn ein Gemeindemitglied der Parochie Dierberg eine Trauung, Taufe oder ein Begräbnis durch einen anderen Pfarrer als Herrn Pfarrer Boese vornehmen lassen will, so bedarf er dazu einer schriftlichen Einwilligung des Herrn Pfarrer Boese. Dieser wird für jeden einzelnen Fall die Genehmigung gegen Empfang der ihm zukommenden Gebühren (!) erteilen.

Im übrigen verweisen wir auf unsere Verfügung vom 24. November 1908 — K. 6. 8589 —.

Es bleibt Ihnen überlassen, den übrigen Unterzeichnern Ihrer Eingabe von vorstehendem Bescheide Mitteilung zu machen. (gez.) Sternhausen.

An den Landwirt Johann Markau jun.
in Dierberg.

Eines Kommentars bedarf dieser Ausfluß konsistorialer Weisheit nicht. Nur eine Bemerkung möchten wir uns gestatten: Das Konsistorium muß keine hohe Meinung von der Erziehungstätigkeit des Pfarrers Boese haben, wenn es annimmt, seine Zöglinge könnten die unanständige Geschichte erfunden haben, um den Gottesmann zu ärgern. Ja, daß die Knaben es sogar fertig brächten, gegen den Gottesmann und im Widerspruch mit dessen Aussage vor Gericht falsches Zeugnis abzulegen. Hält man den Pfarrer trotzdem oder deswegen für den geeigneten Jugendbildner und Seelenhirten?

10. Verbandstag des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

K. Köln, 17. April.

Sechster Verhandlungstag.

Die Kommission zur Beratung der zum Statut gestellten Anträge hat die Vorarbeiten erledigt, es erfolgt im Plenum die Beratung der von der Kommission empfohlenen Anträge. Kollege Behrend ersucht den Verbandstag, von wesentlichen Aenderungen des Statuts Abstand zu nehmen, da doch in Bälde wiederum Beratungen zur Schaffung eines Einheitsstatuts beginnen.

Ueber die Abschaffung der Arbeitslosenmarke setzt eine starke Diskussion ein, sie führt zur Annahme folgender Anträge: Die Wochenbeiträge sind für 44 Wochen des Jahres zu bezahlen, beitragsfrei bleiben die Monate Dezember und Januar; doch können Lokalbeiträge auch während dieser Zeit erhoben werden. — Eine Stundung der Verbandsbeiträge kann auf 13 Wochen erfolgen, doch ruhen alle Rechte des Mitglieds während dieser Zeit. Der Bezug der Reiseunterstützung wird nach einjähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 44 Wochenbeiträgen gewährt. Es wird eine neue Beitragsklasse durch Verschiebung der Beiträge ohne Erhöhung geschaffen. In dieser 9. Klasse beträgt die Streikunterstützung nach einjähriger Mitgliedschaft 17,00 Mk. und bei mindestens sechswöchentlicher Mitgliedschaft 15,00 Mk. pro Woche.

Die Gemaßregelten-Unterstützung wird um 2 Mk. wöchentlich erhöht. Die Sterbeunterstützung erfährt dadurch eine Aenderung, indem die Unterstützungssätze für die 1.—3. Klasse gleichgestellt werden. Der Bezug dieser Unterstützung ist an eine einjährige Mitgliedschaft und Zahlung von 44 Wochenbeiträgen geknüpft. Die Krankenunterstützung wird nach zweijähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 88 Wochenbeiträgen gewährt.

Im weiteren wird der Vorstand beauftragt, statistische Erhebungen zu veranstalten, um Unterlagen für Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu erhalten.

Die weiteren Beratungen erstrecken sich auf Anträge, die rein verwaltungstechnischer Natur sind und auf kleine redaktionelle Aenderungen. Den Bericht der Beschwerdekommission gibt Kollege Meckelmann-München: Die Beschwerde des Zweigvereins Kiel über Verweigerung des Rechtsschutzes im Falle Korthase ist abgewiesen. Der Ausschluß der Kollegen Marx-Berlin, Sehrer-Nürnberg, Glasow-Berlin wird als berechtigt anerkannt. Der Ausschluß des Kollegen Heern-Speyer wird zurückgestellt, bis das gerichtliche Verfahren, welches gegen ihn schwebt, erledigt ist. Die Entlassung des Hilfsarbeiters Zeisig-Hamburg aus dem Verbandsbureau erkennt die Kommission als zu Recht geschehen an, sie spricht ferner ihre Mißbilligung über das Rundschreiben des Hilfsarbeiters Roche aus, welches derselbe an die Delegierten richtete.

Der Vorstand soll in Zukunft aus nur 5 Personen bestehen. Es wird eine Verschiebung der Aemter vollzogen. Behrend wird als erster, Töpfer als zweiter Vorsitzender, Brandmohr als erster Kassierer, Wrede als zweiter Kassierer gewählt. Sekretär bleibt der Kollege Mohnk. Die Redaktion des Fachorgans übernimmt Röske in Zukunft allein. Der Sitz des Ausschusses bleibt Berlin.

Damit sind die Arbeiten des 10. Verbandstages erledigt.

In längeren Schlußausführungen läßt Behrend die Arbeiten des Verbandstages Revue passieren, er spricht die Hoffnung aus, daß die erledigte Arbeit und die daraus erfolgten Beschlüsse zur weiteren Ausbreitung des Verbandes dienen mögen. Ebenfalls hofft er von dem Zusammenschluß mit dem Maurerverband viel für die Organisation der Bauarbeiter, er wird dazu beitragen, daß die Arbeiterschaft geeint und gestärkt dem Scharfmachertum im Baugewerbe entgegen treten kann. Mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung und auf den Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter im besonderen schließt derselbe die Verhandlungen des Verbandstages.

Parteinachrichten.

ac. **Der Schluß des französischen Parteitages.** Am 4. Verhandlungstage wurde die Debatte über die Wahltaktik fortgesetzt. Die überwiegende Mehrheit der Redner wandte sich scharf gegen jedes, auch nur indirekte Zusammengehen mit den Radikalen. Die Genossin Madelaine Pelletier unternahm einen neuen Vorstoß gegen den Parlamentarismus im allgemeinen, der nach ihrer Behauptung der Partei neue Briands und Millerands bescheren werde. Hervé, der frühere eifrige Blockarde, befürwortete die von der Majorität der Seine-Föderation gestellte Resolution, welche unbedingtes Aufrechterhalten der sozialistischen Kandidaturen bei dem zweiten Wahlgange fordert, einerlei, um welche gegnerische Kandidaturen es sich handelt. Weder zugunsten radikaler, noch radikalsozialistischer, noch sogenannter unabhängiger Kandidaturen sei eine Ausnahme zu machen. Hervé verteidigte aber im Gegensatz zu Guesde seinen Antrag nicht mit dem Klassencharakter des proletarischen Kampfes, sondern mit der Umwandlung der radikalen Partei, die zu einer imperialistischen geworden sei. Demgegenüber hob Guesde hervor, daß die radikale Partei geblieben sei, was sie stets war: eine Verfechterin der bürgerlichen Gesellschaft. Nur ihre Kampfmethoden seien andere geworden.

Für die Bretonische Politik der Galvanisierung des linken Blocks erhoben sich nur wenig Stimmen. So trat Briquet (Pas de Calais) für ein Zusammengehen mit den Radikalen auf Grund von Gegenseitigkeitsverträgen ein. Andere Delegierte gaben zu erwägen, ob man nicht die Radikalen auf ein sozialistisches Mindestprogramm verpflichten könne, und wieder von anderer Seite sah man in dem vorgestern erwähnten Schreiber des radikalen Parteivorstandes den Beginn der Abkehr der radikalen Partei von Clemenceauschen Bahnen. — Jaurès und wesentlich auch Vaillant übernahmen die Vermittlung von rechts und links, wobei jedoch Vaillant mehr nach links und Jaurès mehr nach rechts neigte. Jaurès fand es außerordentlich verständlich, daß bei dem skandalösen Verhalten der radikalen Kammermehrheit den Genossen die Geduld ausgehe und Bretons Blockbegeisterung wenig Anhänger finde. Andererseits aber auch würde es den wahren Interessen des Proletariats zuwider-

---

16

Marusa.

Roman von Francis Bret Harte.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen v. Auguste Scheibe.

Es dauerte indessen nicht mehr lange, so verriet der Ton von Stimmen, das Oeffnen und Schließen von Türen und das Geräusch vieler Fußtritte, daß die Gesellschaft, welche eben herumgeführt wurde, sich dem Teil des Gebäudes näherte, in dem sich Carroll und sein Begleiter befanden.

„Da kommt Jim mit seiner Gesellschaft," sagte der junge Mann. „Ich will ihm melden, daß Sie da sind, und mich dann davon machen. Aber ich hoffe, Sie bei Tische wiederzusehen."

In diesem Augenblick erschienen Prince und eine Anzahl von Damen und Herren an dem entgegengesetzten Ende der Halle. Carrolls bisheriger Führer gesellte sich zu ihnen, machte dem Wirte allem Anschein nach die Mitteilung von dem Dasein eines neuen Gastes und schlenderte von dannen.

Obgleich Aladin, wie die meisten Menschen seiner Klasse, eine instinktive Abneigung gegen den Militärstand hegte, konnte er doch nicht umhin, die gesellschaftliche Wichtigkeit desselben in einem Lande anzuerkennen, das keine festgeschlossene Gesellschaft besitzt. Außerdem hatte ihm Carrolls stolze und ruhige Selbstbeherrschung imponiert; seine Selbstbeschränkung inmitten einer Umgebung voll unruhigen Ehrgeizes, gegenüber einer rücksichtslosen Behauptung des einmal Errungenen, hatten ihm Achtung eingeflößt, und so trat er mit herzlicher Begrüßung auf ihn zu. Dann stellte er ihn mit sichtlicher Befriedigung seinen übrigen Gästen vor, und obgleich es ihm lieber gewesen wäre, wenn Carroll Uniform getragen hätte, so ließ er sich schließlich doch an der Tatsache genügen, daß der junge Offizier, wie alle Männer, die ihre Glieder in der Gewalt haben, in Zivilkleidern eine fast ebenso gute Figur machte.

„Sie haben Ihren Gästen jetzt alles gezeigt," sagte Carroll lächelnd, „nur das geheime Kabinett noch nicht, wo Sie die Wunderlampe und den Ring aufbewahren. Sollen wir nicht wenigstens den Ort zu sehen bekommen, wo sich der Zauber vollzieht, welcher alle diese Herrlichkeiten hervorbringt — selbst wenn es nicht erlaubt wäre, der eigentlichen Zeremonie beizuwohnen? Die Damen sterben gewiß vor Neugier, Ihr Allerheiligstes, Ihr Studium, Ihre Werkstatt zu sehen, in der Sie leben und schaffen."

„Sie werden kaum mehr als ein bloßes Zelt, einen Raum, ebenso bescheiden wie mein Schlafgemach, finden," entgegnete Prince, der sich auf die spartanische Einfachheit seiner persönlichen Gewohnheiten etwas zugute tat und sie gern zur Schau stellte. „Aber kommen Sie mit mir, meine Damen und Herren."

Dabei durchschritt er die große Empfangshalle und trat in ein kleines, einfach möbliertes Zimmer, das unter anderem einen großen Tisch enthielt, bedeckt mit Papieren und Büchern, von denen einige staubig und sehr abgegriffen aussahen. In Carroll stieg sofort der Gedanke auf, daß dies Wests Eigentum sei. Er zog daher in aller Stille den Brief aus der Tasche und legte ihn, während sich die Aufmerksamkeit der übrigen nach einer anderen Richtung lenkte, auf den Tisch, indem er nur Prince verständlich zuflüsterte:

„Von Mrs. Saltonstall."

Aladin besaß jene wunderbare Keckheit, welche so oft die Stelle des Taktes vertritt, und indem er Carroll einen schnellen Blick zuwarf, rief er plötzlich die Arme in die Luft erhebend, sich zu seinen Gästen wendend und sie wie im Scherze nach der Tür drängend:

„Hallo! der Zauber ist in vollem Gange. Der Genius ist bei der Arbeit, und niemand darf hier bleiben, der nichts damit zu tun hat! Bitte, folgen Sie, Miß Wilson," fuhr er fort, indem er beide Hände mit einer unwiderstehlichen väterlichen Vertraulichkeit auf die Schultern des hübschesten und schüchternsten der jungen Mädchen legte. „Sie wird die Wirtin machen, und ich werde nicht verfehlen, jeden Wechsel, den sie ausstellt, zu honorieren!" Und ehe ihnen seine Absicht noch recht klar wurde, ehe sie nur bemerkten, daß sich Carroll nicht mehr zwischen ihnen befand, hatte Aladin die Tür geschlossen und war mit dem jungen Manne allein.

Schnell trat er an den Tisch, nahm den Brief und öffnete ihn. Sein Gesicht, das bis dahin den Ausdruck heiterster Laune getragen, wurde plötzlich ernst und starr. Ohne Carroll im mindesten zu beachten, näherte er sich dem telegraphischen Apparate auf einem Seitentischchen und begann mit großer Energie ein halbes Dutzend Elfenbeinknöpfchen in wechselnde Bewegung zu setzen. Dann trat er wieder an den Schreibtisch, um mit schnellem Blicke die hier aufgestapelten Papiere zu mustern. Carrolls scharfes Auge blieb an einem kleinen Päckchen Briefe haften, die offenbar von feiner weiblicher Hand geschrieben waren. Jedenfalls hatte er da die in Frage stehende Korrespondenz vor sich.

Ohne den Blick zu Carroll zu erheben und in fast rauhem Tone fragte Prince:

„Mit wem hat man denn sonst noch von der Sache gesprochen?"

„Wenn Sie von dem Inhalte des Billetts reden, so kann ich Ihnen nur sagen, daß der Brief vor drei Stunden geschrieben und mir übergeben wurde, und daß er seitdem nicht aus meinen Händen gekommen ist."

„Hm. Wer ist denn weiter in der Casa? Nicht wahr, Buchanan ist dort und Raymond, wohl auch Viktor Guitierrez?"

„Ich kann Ihnen, wenn es das ist, was Sie zu wissen wünschen, die Versicherung geben, daß Mrs. Saltonstall, seitdem sie die Nachricht von dem Tode Dr. Wests empfangen, niemand gesehen hat, als ihre Tochter," entgegnete Carroll, der das Päckchen Briefe, während Prince sprach, nicht aus den Augen ließ.

„Sind Sie Ihrer Sache ganz sicher?" fragte Aladin.

„Ich glaube es zu sein."

Prince stand offenbar erleichtert auf und ließ, zu dem telegraphischen Apparate zurückkehrend, seine Finger gleichsam mechanisch über die Knöpfe desselben gleiten.

„Es ist ja am besten, gleich und auf einmal zu erfahren, was man doch erfahren muß, wenn es sich um die Veränderung eines Besitzstandes von etwa vier Millionen handelt, die sich binnen vier Stunden vollzogen hat; nicht wahr, Kapitän?" sagte er, Carroll zum ersten Male voll ins Gesicht blickend. „Gerade vor vier Stunden rechneten wir in demselben Zimmer heraus, daß die Witwe Saltonstall mit etwa einer Million an den Unternehmungen Dr. Wests beteiligt ist, d. h. diese Summe in Aktien angelegt hat, und kamen zu der Annahme, daß sich ihr Konto vielleicht mit Verlust der Hälfte dieser Summe abwickeln lassen würde. Wenn ihr nun aber, wie sie mir in diesen Zeilen mitteilt, der Doktor als weitere Sicherheit seine Besitzung zediert hat, und das wirklich alles verbrieft und besiegelt ist, so tritt sie — mit einem Worte gesagt — an die Stelle des Doktors, und wir anderen, die wir uns mit etwa drei Millionen bei den Unternehmungen beteiligt haben, sind von ihr abhängig. Das ist alles. Sie haben eine kleine Bombe hier hereingeworfen, Kapitän, und die Splitter flogen bis San Francisco. Ich gestehe, ich bin vollständig paff! Ich habe immer gefunden, daß sich der alte Mann da drüben in der Casa ein bißchen allzu liebenswürdig machte — doch sie war eine Frau und er, trotz seiner sechzig Jahre, ein Mann, aber diese Kombination hätte

laufen, wenn man nach Art der Genossin Pelletier die republikanische Staatsform als völlig gleichgiltig für das Proletariat bezeichne. Ihren republikanischen Charakter dürfe die Partei nicht verlieren. Die Resolution von Chalon, die den einzelnen Föderationen freie Verfassung über ihr Verhalten beim zweiten Wahlgange läßt, bleibe auch für die nächsten Wahlen die beste Direktive. Vaillant war ebenfalls im allgemeinen für Aufrechterhaltung der Resolution von Chalon, wünschte aber eine schärfere Fassung derselben, die jedoch erst am nächsten Parteitag vorgenommen werden solle. — Um es gleich vorweg zu nehmen: Kurz vor Schluß seiner Verhandlungen beschloß der Parteitag einstimmig die vorläufige Aufrechterhaltung der Resolution von Chalon und verwarf mit großer Mehrheit (264 gegen 51 Stimmen) den Antrag der Seine-Föderation auf obligatorische Aufrechterhaltung der sozialistischen Kandidatur beim zweiten Wahlgange. Inzwischen waren die persönlichen Konflikte im Sinne der Versöhnlichkeit geschlichtet worden. Der Genosse Degay, der, obwohl regulär organisiertes Mitglied der geeinigten Partei, Kabinettschef des Arbeitsministers und „unabhängigen Sozialisten" Viviani ist, außerdem aber für die geeinigte Partei im Departement Pas des Calais kandidiert, wurde aufgefordert, zwischen seiner Kandidatur und seinem Amte zu wählen. Die Ausschlußanträge gegen Brousse, Breton und Varenne (wegen ihrer Abstimmung beim Poststreik) wurden aus formellen Gründen an die Föderationen ihrer Wahlkreise zurückverwiesen, die Anträge auf Ausschluß Hervés durch Uebergang zur Tagesordnung (beantragt von Vaillant) erledigt. Delory behielt indessen seiner Föderation das Recht vor, bei einem neuen Disziplinbruch Hervés den Ausschlußantrag zu erneuern. Hervé wurde auch wieder in die Parteileitung hineingewählt. Die Entscheidung über die Agrarfrage wurde dem nächsten Parteitag überlassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ueber die Verhältnisse im Bildhauerberufe wird uns geschrieben: In unserem von der Maschine revolutionierten neuzeitlichen Wirtschaftsleben sind manche Erwerbszweige neu erstanden, manche Handwerke dagegen völlig verschwunden oder hart bedrängt worden. Auch im Kunstgewerbe machte sich diese umstürzlerische Tendenz der Maschine mehr und mehr bemerkbar. Namentlich sind es die Bildhauer, die bereits seit Jahren mit ständig großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, eine Folge jener allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Als nächstliegende Ursache der Umwälzungen im Kunstgewerbe ist allerdings die neue Stilrichtung anzusehen. Diese aber, „der moderne Stil" benannt, wurde schon unter dem Schlagwort eingeführt: „Weg mit allem Althergebrachten! Unser Zeitalter der Maschine muß seinen eigenen Stil haben!"

Tatsächlich vollzog sich dann auch der stattgefundene Umschwung unter möglichster Begünstigung von Maschinenarbeiten. Ja, eine gewisse Gruppe tonangebender Kunstgewerbler bevorzugte unbedingt Maschinenarbeit und reihte sie unter die dekorativen Mittel des Kunstgewerbes ein. Mit ihren Experimenten haben dieselben durchaus keine ungünstigen Resultate erzielt. Das Kunst**gewerbe** bedarf also nicht mehr in gleichem Maße wie früher des Kunst**handwerks**. Der Bildhauerberuf, zu letzterem gehörig, wurde dabei leidtragender Teil. Es wurden Arbeitskräfte überflüssig. Die Arbeitslosigkeit stieg enorm und hielt sich auch während der letzten Hochkonjunktur in erschreckendem Umfang. Dies ergibt auch sofort folgender Auszug aus der im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Arbeitslosenstatistik. Es hatten nach derselben Arbeitslose von je 100 beteiligten Personen im Jahresdurchschnitt:

	1903	1904	1905	1906	1907	1908
sämtl. an der Statistik beteiligte Berufe	2,7	2,0	1,5	1,2	1,7	3,1
darunter Bildhauer	10,4	9,5	10,1	9,9	12,7	16,6

Daraus ergibt sich, daß z. B. im Jahre der Hochkonjunktur 1906 die Arbeitslosigkeit der Bildhauer achtmal größer war als bei sämtlichen beteiligten Berufen im Durchschnitt. Das Jahr 1907 weist ein ähnliches Verhältnis auf, und auch im Krisenjahr 1908 weichen die Zahlen um mehr als das Fünffache voneinander ab. Es handelt sich also bei der Arbeitslosigkeit der Bildhauer um eine Berufskrise, die wohl durch die allgemeine Wirtschaftskrise noch verschärft, diese aber nicht zur alleinigen Ursache hat, sondern auf eingangs geschilderte Wandlung im Gewerbe begründet ist. —Es ist nur zu natürlich, daß sich unter derart mißlichen Zuständen fortlaufend Berufsangehörige, zumeist nach voraufgegangener wiederholter Arbeitslosigkeit, von ihrem Berufe abwenden. So auch hier. Nach einer vorläufig abgeschlossenen Erhebung stellt die Organisation der Bildhauer fest, daß in 57 Verwaltungsstellen 439 Bildhauer gezählt wurden, die sich seit dem Jahre 1907 genötigt sahen, zu einem anderen als dem erlernten Berufe Zuflucht zu nehmen; es sind dies zirka 10 Prozent der Mitglieder der Organisation oder zirka 6 Prozent aller Berufsangehörigen. Und dabei ist die festgestellte Zahl sicher noch nicht vollständig. Diese Dezimierung des Bildhauerberufs ist jedoch noch lange nicht zum Abschluß gekommen. Ja, neuerdings wird ihr aus finanzpolitischen Motiven von Staats wegen noch weiterer Vorschub geleistet. Die Finanzklemme, in welche unsere Staatsregierungen geraten sind, ließ Bülow zum Sparen ermahnen. Und wie am besten und erfolgreichsten gespart werden könne, zeigten die preußischen Minister für Finanzen und öffentliche Arbeiten in einem gemeinsam ausgefertigten Sparerlaß, der sich gegen jeden „Luxus" bei der inneren und äußeren Ausschmückung der Bauwerke richtet. In Bälde dürften nun die Regierungsbauten auch äußerlich zur Schau tragen, daß in einem unter den Lasten des Militarismus fast zusammenbrechenden Staatsgebilde für das Kunstgewerbe ebensowenig Raum ist als für Volkswohlfahrt und sonstige kulturelle Aufgaben.

Ungeheure Steigerung der Arbeitslosigkeit im Metallgewerbe Sachsens. Nach der Abrechnung der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes in Sachsen wurden im Jahre 1908 für Arbeitslosenunterstützung 457 902 Mk. ausgegeben. An Krankenunterstützung bezahlte der Verband im Jahre 1906 in Sachsen: 101 324 Mk., 1907: 302 574 Mk. und 1908: 435 673 Mark. Die Streikunterstützung betrug inkl. Maßregelungsunterstützung 1906: 738 545 Mk., 1907: 258 150 Mk. und 1908: 49 918 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Ende 1907: 53 113, 1908 52 655. Das sind 458 weniger, es kommt aber in Betracht, daß zirka 3000 Mitglieder **mehr** aus Sachsen abgereist als zugereist sind. Aehnlich schlimm wird es mehr oder weniger in allen Teilen Deutschlands aussehen, wenn auch in Sachsen sich wegen seiner großen Maschinenindustrie die Krise — noch verstärkt durch die unglückselige Zollpolitik des Deutschen Reiches — sich ganz besonders geltend macht.

Metallarbeiter. Bei der Firma Hazen-Grünthaler Eisenwerke zu **Hagen** i. W. sind 29 Hammerarbeiter infolge von Lohnherabsetzungen in den Ausstand getreten. Die Firma hat daraufhin allen Arbeitern, etwa 200, gekündigt.

Zur Aussperrung der Oldenburger Maler ist zu berichten, daß von der Aussperrung bis jetzt 77 Gehilfen betroffen sind. 49 Gehilfen sind abgereist nach anderen Orten, 24 stehen noch im Kampf. 3 Arbeitgeber mit 4 Gehilfen haben den neuen Vertrag anerkannt. Von 11 aus dem Hamburger Obdachlosenasyl hergeschafften Leuten sind 8 wieder abgereist. Die noch am Orte Gebliebenen setzen sich zusammen aus einem „Kutscher", einem „Kellner" und einem „Schlachter", und diesen wird von den Meistern laut Kontrakt ein Stundenlohn von 50 Pfg. bezahlt. — Auch die **Maleraussperrung** in **Cuxhaven** dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten. — Im Maler- und Anstreichergewerbe in **Remscheid** sind ebenfalls Differenzen ausgebrochen. Da die Meister sich dort dem Arbeitgeberverband angeschlossen haben, verweigert man jede Unterhandlung zwecks Abschluß eines neuen Tarifs. Der Arbeitgeberverband und die Innung erklären, daß der Tarif ohne weiteres bis zum 31. Dezember 1909 laufe. Die Gehilfen haben nunmehr beschlossen, vom 15. April ab keine Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit mehr zu leisten, bis die Arbeitgeber zu Verhandlungen geneigt sind. Zuzug ist fernzuhalten.

Der Streik in der Gieseckeschen Schuhfabrik zu Peine ist aufgehoben. Ueber die Fabrik ist die **Sperre** verhängt.

An die Glasergehilfen. Die **Stuttgarter Glasermeister**, die auf dem Verbandstag württembergischer Glasermeister in skandalöser Weise den Berichterstatter der „Schwäb. Tagwacht" insultierten und ihn seiner Notizen beraubten, haben ihre **Gehilfen ausgesperrt**, weil diese sich weigerten, auf die von den Meistern gebotenen Lohnbedingungen einzugehen. Meister Kläger (Stuttgart) brachte auf dem Verbandstage die Aussperrung zur Sprache. Er meinte: Da man von dem Verband in bezug auf die Unterstützung in derartigen Fragen viel erwarte und eine Anzahl von Kollegen immerhin gut zu tun habe, unterbreite er dem Verbandstage folgende Anträge: „1. Unter keinen Umständen einen Gehilfen einzustellen, der von Stuttgart komme und dort ausgesperrt worden sei; 2. die Stuttgarter Kollegen in der Heranziehung von Arbeitskräften nach Möglichkeit zu unterstützen." Zur Ausführung des Punktes 2 bemerkte Herr Kläger noch, wer einen Sohn habe, der das Glaserhandwerk verstehe, möge ihn auf einige Wochen „pensionieren" und nach Stuttgart schicken, wer ledig sei oder wegen mangelnden Geschäfts auf einige Zeit aushelfen könne, möge nach Stuttgart kommen, alle seien herzlich willkommen. Arbeit sei hier genügend vorhanden. Wie dem Bericht eines Korrespondenzbureaus zu entnehmen ist, hat der Verbandstag die Klägerschen Vorschläge angenommen. — An den Glasergehilfen liegt es nun, den ausgesperrten Stuttgarter Kollegen durch Fernhaltung des Zuzugs zum Siege zu verhelfen.

Die Schlossermeister Stuttgarts wollen sich ebenfalls eine **Aussperrung** leisten, weil die Gesellen einer von den Meistern vorgelegten Werkstattordnung mit entwürdigenden Strafbestimmungen ihre Unterschrift nicht geben wollen. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Breslauer Stukkateure nahmen den mit den Unternehmern abgeschlossenen neuen Minimallohntarif an. Erreicht wurde die täglich 8¼stündige Arbeitszeit anstatt der bisherigen 9stündigen, bei Beibehaltung der bisherigen Lohnsätze, mit Ausnahme einer Position. Der Tarif wurde seinerzeit durch die Prinzipale gekündigt.

Auf den Braunschweiger Kohlenwerken traten, wie gemeldet wurde, anfangs April etwa 800 Arbeiter in den Streik, weil ihnen die Lohnkürzungen in den letzten Monaten zu hoch erschienen. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes, des Gewerkvereins und der Polen mahnten die Streikender, die zum größten Teil unorganisiert waren, zu Verhandlungen, die dann auch schließlich von Erfolg gekrönt waren. Die Löhne wurden pro Schicht bis zu 30 Pfg. aufgebessert. Weitere Folge war, daß ein großer Teil der Belegschaft sich den Organisationen, vornehmlich dem Bergarbeiterverbande, anschloß. Erfreulich ist hier das Zusammenwirken der Verbände.

Zum Bau eines Partei- und Gewerkschaftshauses ist in **Hannover** unter Zustimmung der Partei- und Gewerkschaftsvorstände von der zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Solidarität, Partei- und Gewerkschaftshaus" das Grundstück des Pferdehändlers Louis Oppenheimer an der Nikolai-, Artillerie- und Odeonstraße für den Kaufpreis von 610 000 Mk. erworben worden. Der Bau soll sofort in Angriff genommen werden.

Differenzen in der Brüsseler Holzindustrie. Die „Holzarbeiterzeitung" schreibt: Nach einem Bericht des Vorstandes des Belgischen Holzarbeiterverbandes an die Internationale Union der Holzarbeiter steht in Brüssel ein **allgemeiner Streik** in der Holzindustrie unmittelbar bevor. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit sind zwar noch nicht beendet und der Verbandsvorstand hofft, daß das letzte Wort über Krieg und Frieden noch nicht gesprochen ist, aber er richtet doch an die deutschen Kollegen das dringende Ersuchen, Brüssel vorläufig zu meiden, um den Kollegen daselbst die Durchführung ihrer Forderungen nicht zu erschweren.

Tischleraussperrung. In **Genf** (Schweiz) sind sämtliche Tischler ausgesperrt worden.

Oesterreichische Gewerkschaftskongresse. In **Wien** tagten während der Osterfeiertage die Verbandstage der **Holzarbeiter**, der **Hutarbeiter**, der **Steinarbeiter** und der **Ziegeleiarbeiter**. Auf sämtlichen Kongressen wurde ein erfreuliches Vorwärtsschreiten der Organisationen konstatiert und Beschlüsse gefaßt, die den Zusammenhalt der Organisation festigen und ihre weitere Entwicklung fördern sollen. — Aus **Budapest** wird berichtet: Ende des verflossenen Monats hielten zwei der bedeutendsten hiesigen Gewerkschaften, die Landesorganisation der **Schriftsetzer** und die der **Buchbinder**, ihre Jahresgeneralversammlungen ab. Obwohl nun mehrere Zahlstellen beider Gewerkschaften von der Regierung gewaltsam aufgelöst und viele von den Behörden schikaniert wurden, und obwohl sie außerdem noch mit der Krise zu kämpfen hatten, die eine große Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, so ist dennoch in beiden Organisationen eine Steigerung der Mitgliederzahl und eine innere Festigung zu verzeichnen. Die Gewerkschaft der **Schriftsetzer** hatte am 31. Dezember 1908 8918 Mitglieder, wogegen die Mitgliederzahl im Vorjahre 8750 betrug. Die Organisation der **Buchbinder** hatte am Ende des verflossenen Jahres 2882 Mitglieder, im Vorjahr nur 2590. Sie hatte weibliche Mitglieder 1632, männliche 1248. Sowohl die Schriftsetzer als auch die Buchbinder besitzen außer ihren mit ministeriell genehmigten Statuten versehenen Gewerkschaften geheime, gewerkschaftliche Kampforganisationen, die die Kampfbeiträge sammeln. Die Schriftsetzer haben außerdem noch eine starke, gesonderte Unterstützungsvereinigung. Die Mitglieder beider Gewerkschaften haben die Maifeier des verflossenen Jahres durch Arbeitsruhe begangen, sie nahmen teil an dem Generalstreik vom 31. Dezember 1908. Den Schriftsetzern ist es zu danken gewesen, daß weder am 2. Mai 1908, noch am 1. Januar 1909 die Zeitungen erscheinen konnten. Selbstverständlich werden sie am kommenden 1. Mai die Arbeit wieder ruhen lassen.

Industrie, Handel und Verkehr.

Ki. **Wieder ein Bankbruch.** Wenn in früheren Jahren eine alte angesehene Bankfirma zusammenbrach, rief die Affäre auch in den nicht direkt beteiligten Bank- und Handelskreisen Erregung hervor. Die Häufigkeit solcher Geschehnisse hat das Interesse abgestumpft, der Unfall wird registriert, er fällt schnell der Vergessenheit anheim, denn mit unheimlicher Schnelligkeit folgen die Brüche privater Bankfirmen einander. In der Vorwoche verkrachte das 100 Jahre alte Bankgeschäft M. A. Rosenbaum in Lippstadt in Westfalen, schon am Freitag kam wieder die Kunde, daß die seit 1878 bestehende Bankfirma Luckmann & Soltau in Lübeck ihre Zahlungen eingestellt hat. Wir haben das Massensterben der privaten Bankgeschäfte gerade in der letzten Zeit mehrfach eingehender besprochen, auch der Zusammenbruch der Lübecker Bankfirma zeigt wieder, wie aussichtslos die Versuche der privaten Bankfirmen sind, sich gegenüber der erdrückenden Macht der Großbanken zu behaupten. Die Firma Luckmann & Soltau wollte sich an dem Ort ihrer Niederlassung nicht gänzlich aus dem Gründungsgeschäft verdrängen lassen. Vor etwa 6 Monaten wurde die Kochsche Werft in Lübeck in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Million Mark umgewandelt. Diese Gründung führte die zusammengebrochene Bankfirma durch, sie hatte durch ein billigeres Angebot die Konkurrenz Hamburger Bankkreise geschlagen. Nun sah sie sich aber außer Lage, die übernommenen Aktien unterzubringen, ihre Situation gestaltete sich äußerst schwierig. Um verfügbare Mittel zu beschaffen, hinterlegte sie die Aktien bei einigen Banken, die sie mit 50 bis 60 Prozent beliehen. Jede auch nur einigermaßen bedeutende Aktienbank hätte dieses Gründungsgeschäft leicht durchführen können, einmal fließen den Aktienbanken die Depositengelder in Hülle und Fülle zu, sie verfügen über genügend flüssige Mittel, dann aber sind die Banken durch ihre eigenen Filialen und Depositenkassen sowie durch die mit ihnen verbundenen Institute viel leichter in der Lage, übernommene Aktien schnell zu verkaufen. Die Passiven der Firma Luckmann & Soltau werden auf 5 Millionen Mark angegeben, es wird gemeldet, daß zahlreiche mittlere und kleinere Geschäftsleute und Sparer beteiligt sind. Unter Beihilfe von

---

ich nie und nimmer erwartet. Mich wundert nur, daß sie ihn nicht schon früher mit Stumpf und Stiel aufgezehrt hat."

Carrolls Gesicht verriet ebenso wenig Schrecken oder Befriedigung über die Nachrichten, deren unwissentlicher Träger er gewesen, als Groll oder Empfindlichkeit über die Rücksichtslosigkeit und Roheit des Tones, in welchem ihm die Mitteilung gemacht wurde.

„Es scheint hier keine Notiz über diese Zession vorhanden zu sein," fuhr Prince fort, indem er die Papiere von neuem mit den Augen überflog.

„Haben Sie das schon angesehen?" fragte Carroll, indem er das Briefpäckchen in die Hand nahm.

„Nein, es scheinen die Privatbriefe zu sein, welche sie in ihrem Billett zurückverlangt."

„Lassen Sie uns doch zusehen," gab Carroll zur Antwort, während er das Päckchen aufmachte. Es enthielt drei oder vier in spanischer und englischer Sprache geschriebene Briefe.

„Liebesbriefe vermutlich, und deshalb verlangt sie dieselben zurück," sagte Prince. „Sie möchte die Schmeicheleien und Liebesworte, mit denen sie den Doktor geködert, nicht gern in die Oeffentlichkeit kommen lassen."

„Wir wollen diese Papiere ordentlich durchsehen," bemerkte Carroll gefällig, indem er die Briefe öffnete und vor Prince ausbreitete, sie aber so hinlegte, daß dieser sie nicht lesen konnte. „Sie scheinen nichts Geschäftliches zu enthalten und sind offenbar nur Privatbriefe."

„Jedenfalls," entgegnete Prince.

Carroll legte die Papiere wieder zusammen und steckte sie in die Tasche.

„Dann werde ich sie ihr zurückbringen," sagte er ruhig.

„Hallo! so haben wir nicht gewettet!" rief Prince aufspringend.

„Ich sagte, ich würde sie ihr zurückbringen," wiederholte Carroll so ruhig wie zuvor.

„Aber ich habe sie Ihnen nicht gegeben. Ich habe niemals eingewilligt, sie von dem übrigen schriftlichen Nachlaß zu trennen!" rief Prince.

„Das tut mir leid," versetzte Carroll kalt. „Es wäre ohne Zweifel zuvorkommender und höflicher gewesen."

„Höflicher! Ich nenne das Diebstahl!"

„Von Diebstahl würde nur die Dame sprechen können, welche diese Briefe zurückverlangt, falls man die Herausgabe verweigerte. Auf Sie oder mich kann dies Wort keine Anwendung finden," entgegnete Carroll.

„Ich frage Sie ein für allemal, ob Sie mir die Briefe wiedergeben wollen oder nicht?" rief Prince blaß vor Wut.

„Gewiß nicht."

„Nun, das werden wir ja sehen, Sir," sagte Prince, indem er die Hand ausstreckte und klingelte. „Ich habe meinem Geschäftsführer geklingelt und werde Sie in seiner Gegenwart des Diebstahls beschuldigen."

„Das werden Sie nicht tun."

„Warum nicht?"

„Weil die Gegenwart eines Dritten es mir möglich machen würde, Sie mit diesem Handschuh hier ins Gesicht zu schlagen, was ich, als Gentleman, ohne Zeugen nicht tun könnte."

In diesem Augenblick ließen sich im Gange Schritte hören. Prince war im Grunde kein Feigling zu nennen und ebenso wenig war er ein Dummkopf. Er wußte, daß Carroll Wort halten würde, wußte, daß er genötigt sein würde, sich mit ihm zu schlagen und daß, wie auch der Zweikampf ausfallen mochte, der Grund des Streites, welcher sicherlich bekannt wurde, nicht geeignet war, sein Ansehen zu fördern. Bis jetzt war die angedrohte Beleidigung ohne Zeugen geblieben und es brauchte niemand etwas davon zu erfahren. Die Briefe waren diesen Preis nicht wert.

Er ging nach der Tür, öffnete sie, sagte: „Es ist gut — ich brauche Sie nicht," und drückte das Schloß wieder zu.

Mit erzwungener Sorglosigkeit kam er zurück.

„Sie haben recht," sagte er, „warum soll ich hier um etwas streiten, was an anderer Stelle durch das Gesetz entschieden werden kann. Sie werden auf diese Weise schnell genug erfahren, ob Sie an diese Briefe irgend welchen Anspruch haben und ob Sie den richtigen Weg eingeschlagen, dieselben zu erlangen, Sir."

„Ich wünsche durchaus nicht, mich irgend einer Verantwortlichkeit in bezug darauf, welcher Art sie immer sein mag, zu entziehen," gab Carroll kalt zur Antwort, indem er sich erhob.

„Wissen Sie was," sagte Prince, indem er plötzlich in seine gewöhnliche barsche Offenheit zurückfiel, „Sie hätten mich eigentlich um diese Briefe bitten können . . ."

„Die Sie mir dann nicht gegeben hätten," fiel Carroll ein.

Prince lachte.

„Das mag sein, Kapitän!" antwortete er; „aber haben Sie etwa diese Art von Kriegskunst in Westpoint gelernt?"

„Ich habe dort gelernt, daß man unter der weißen Flagge weder Beleidigungen erfährt noch austeilt," sagte Carroll scherzend, „und außerdem, daß es mir erlaubt ist, unter derselben auf Auswechslungen einzugehen. Ich habe an der Stelle, wo Dr. West verunglückte, dieses Taschenbuch gefunden, welches augenscheinlich ihm gehört hat. Ich lege dasselbe, da Sie seine Angelegenheiten ordnen, in Ihre Hände."

Eine instinktive Zurückhaltung verhinderte ihn, dem Manne, zu dem er niemals in vertrauliche Beziehungen treten konnte, von seinen anderweitigen Beobachtungen etwas zu sagen.

Prince nahm das Taschenbuch in Empfang, schlug es mechanisch auf, und nachdem er die darin enthaltenen Notizen flüchtig überblickt hatte, kam plötzlich derselbe Zug gespannter Aufmerksamkeit in sein Gesicht, den dasselbe zu Anfang der Unterredung getragen hatte.

„Haben Sie diese Aufzeichnungen durchgesehen?" fragte er, indem er zu Carroll aufblickte.

„Nur soviel als notwendig war, um mich zu überzeugen, daß es nichts enthält, was die Persönlichkeit betrifft, die ich vertrete," gab Carroll einfach zur Antwort.

Der Kapitalist sah in die klaren Augen des jungen Offiziers, und eine gewisse Verlegenheit kam in die seinigen, die er abwandte.

„Durchaus nichts!" sagte er, „einfache Notizen in bezug auf des Doktors Geschäftsangelegenheiten . . . nicht das mindeste, das **Ihre** Auftraggeberin angeht." Er lachte. „Besten Dank für den Tausch . . . Sie trinken doch ein Glas Wein?"

„Nein, ich danke!" erwiderte Carroll und ging der Tür zu.

„So leben Sie wohl," sagte Prince, indem er ihm die Hand bot. Aber Carroll, der ihn mit den klaren Augen noch immer ansah, ging ruhig an der ausgestreckten Hand vorüber, öffnete die Tür, verbeugte sich und trat über die Schwelle.

Ein leichtes Erröten stieg in Princens Wangen auf, und als die Tür zufiel, lachte er kurz vor sich hin. Wäre er ein dramatischer Bösewicht gewesen, so hätte er wahrscheinlich ein Selbstgespräch hinzugefügt, in welchem er darauf hingewiesen, daß der Tag der Rache für ihn gekommen sei; daß der „übermütige Sieger", der soeben mit seiner schlecht erworbenen Beute davongegangen, ihm eine Waffe zurückgelassen habe, die des Siegers Freunde ins Verderben bringen müsse; daß „die Stunde" da sei, und möglicherweise hätte er noch ein „Ha! ha!" ausgestoßen. Da er jedoch nur ein einfacher, harmloser, selbstsüchtiger Schuft und nicht viel besser oder schlechter war, als seine Nachbarn, so setzte er sich an sein Pult und begann sorgsam zu überlegen, auf welche Weise er am besten von den Aufzeichnungen des Dr. West Gebrauch machen könne — Aufzeichnungen, aus denen das Dasein eines Sohnes, mithin das eines gesetzlichen Erben der Hinterlassenschaft hervorging.

(Fortsetzung folgt.)

einigen Banken soll versucht werden, einen Akkord von 50 Prozent herbeizuführen. Wie die Verhältnisse der zusammengebrochenen Firma auch geordnet werden mögen, ihr Schicksal ist besiegelt. Ihr Zusammenbruch erschwerte aber auch den noch bestehenden privaten Bankgeschäften die Existenzmöglichkeit, das Mißtrauen der Kundschaft wird mit und ohne Recht gegen sie verschärft, die Aktienbanken bekommen neuen Zulauf. Nach jedem Krach einer privaten Bankfirma vollzieht sich derselbe Vorgang, eine weitere Folge ist, daß die Bankgeschäfte sich bemühen, bei Großbanken Unterschlupf zu finden, um der Gefahr einer Verödung ihres Geschäfts oder eines Unterliegens in dem schweren Konkurrenzkampfe gegen die übermächtigen Bankungeheuer zu entgehen.

Soziales.

Bodenreformer. Die Bestrebungen der Bodenreformer haben auch für uns Sozialdemokraten Interesse. Wir teilen nicht deren Illusion, durch ihre Bestrebungen würde eine allgemeine Volkswohlfahrt erreicht. Wir wissen, daß das Ziel, die Bodenrente der Allgemeinheit dienstbar zu machen, nur erreicht werden kann durch völlige Beseitigung der Grundrente, d. h. des Kapitalismus selbst. In der Praxis aber berühren sich unsere Bestrebungen namentlich auf dem Gebiete der Finanzen und Volkshygiene. Auch der 19. Bundestag der Bodenreformer, die zurzeit in Nürnberg abgehalten wird, beweist das.

Schon im Tätigkeitsbericht über das Jahr 1908 konnte Herr Damaschke den Wert der Bodenreform für die deutsche Finanzfrage betonen. Dem Bunde kam im letzten Jahre Prof. Adolf Wagner zu Hilfe mit einem Vorschlage zur Einführung einer Reichs-Wertzuwachssteuer, und als dann die Verhandlungen über Sydows Steuerplan immer zerfahrener wurden, arbeitete ein Bundesmitglied den Entwurf eines solchen Steuergesetzes aus, wonach 15—20 Prozent des Wertzuwachses beim Grundbesitz eingezogen werden sollen. Angeblich sind schon einige Parteien für ein solches Gesetz gewonnen. Haben die Bodenreformer hier einige Aussicht auf einen Erfolg, so haben sie auf anderen Gebieten schwere Mißerfolge erlitten. Herr Damaschke hat in einer Artikelserie „Zur Geschichte der sozialen Experimente" selbst zeigen müssen, daß eine ganze Reihe von Versuchen mit Siedlungsgenossenschaften und dergleicher Fiasko erlitten haben.

Sehr interessant war ein Referat des Legationsrates von Schwerin über: „Die süddeutsche Kanalfrage und ihre Lösung durch die Bodenreform". Er ging auf das Projekt des Main-Donaukanals selbst nicht ein, betonte nur die Wichtigkeit der Kanalisation überhaupt und erklärte, daß derartige künstliche Wasserstraßen bei weitem nicht das für sie nötige Kapital verzinsen und amortisieren könnten. Beim Teltowkanal, der ungefähr 40 Kilometer lang ist und rund 40 Millionen Mark kostete, hatte der Streifen Land von einem Kilometer Breite an den Ufern des Kanals einen Verkaufswert von ungefähr 100 Millionen Mark, der nach dem Bau auf ungefähr 500 Millionen Mark stieg. Die Wertsteigerung betrug hier auf diesem schmalen Streifen Land ungefähr das Zehnfache von dem, was der Kanal selbst gekostet hatte. Solche Erfahrungen würden bei allen Kanälen gemacht. Am Nordostseekanal stiegen die Bodenpreise1893 bei Brunsbüttel von 1 Mk. pro Quadratmeter auf 4 Mk. und dann weiter bis 1903 auf 8—12 Mk. Am Endpunkte des Kanals mußten Plätze mit 20 000 Mk. pro Hektar gekauft werden, die früher 1500—2000 Mk. gekostet hatten. Von diesen unerhörten Preissteigerungen werden nur die beglückt, die zufälligerweise Grundbesitz in der Nähe solcher Anlagen haben. Die Nutznießer selbst tun nichts dazu; sie schmarotzen von der gesellschaftlichen Arbeit. Der Referent schlug vor, eine staatliche Wertzuwachssteuer zu empfehlen, vor allem aber eine Grundsteuer nach dem gemeinen Wert. Staat und Gemeinde sollten weitgehende Enteignungsrechte zugebilligt werden, von denen im Falle von Kanalbauten usw. Gebrauch gemacht werden müsse, bevor die Bodenspekulation ihr Teil holen könne. Die Enteignung solle stets zu dem Preise geschehen, zu dem sich die Bodenbesitzer selbst zur Grundsteuer eingeschätzt haben. Dadurch würden Steuerhinterziehungen und Preistreibereien vermieden, dem Staate aber Mittel in die Hand gegeben, um große Kulturwerke zu schaffen.

Ueber die Bedeutung ausreichender Spiel- und Sportplätze für unsere Jugend sprach Prof. Dr. Schmidt-Bonn. Er schildert das furchtbare Elend, das durch ärztliche Untersuchungen der Kinder aufgedeckt wurde. Mußten doch 1900 in Leipzig 41 Proz. der Kinder als ärztlicher Behandlung bedürftig bezeichnet werden; in Schöneberg waren 62 Prozent mit körperlichen Schäden behaftet, in Stuttgart 67 Prozent usw. Die Ursachen dieser traurigen Erscheinungen wurden gefunden in dem Wohnungselend der städtischen Proletarier und in erheblicher Unterernährung, die sich besonders darin zeigt, daß ca. 40 Prozent unserer Schulkinder an Rhachitis litten, neben der besonders die Blutarmut auftrete. Zu dieser Ursache komme aber noch, daß unsere Großstadtkinder nicht genügend Bewegung hätten, wodurch die Entwicklung der Kreislaufs- und Atmungsorgane gehindert werde. — Durch die enge Bauweise und den großen Verkehr in unseren Städten wird den Kindern die Gelegenheit zum Spiel genommen, die ihnen durch die Schaffung genügender Spielplätze wiedergegeben werden soll. Es sollte möglich in jedem Häuserblock ein Spielplatz für die kleinen Kinder vorgesehen werden. Die Schulhöfe müssen genügend groß sein, und in der Zeit, wo kein Unterricht ist, und während der Ferien zum Spiel freigegeben werden. Für die größeren Kinder wären noch größere Spielplätze zu beschaffen. — Für eine Stadt von 100 000 Einwohner müßten die großen Spielplätze zusammen mindestens fünf Hektar einnehmen. Der Referent erhoffte durch eine entschiedene Arbeit auf diesem Gebiete auch eine Wiedergeburt unserer großen Volksfeste.

Dr. Kampffmeyer sprach über: „Wirklich praktische Wohnungsreform". Er behandelt dabei das Problem der Gartenstädte. Näher darauf einzugehen erübrigt sich. Es sei nur bemerkt, daß in Nürnberg unsere Genossen sich bestreben, durch Gründung einer Gartenstadt das furchtbare Wohnungselend zu mindern. Einer Genossenschaft sind schon über 1100 Mitglieder beigetreten, davon zwei Drittel Arbeiter. Das Projekt wird allerdings nur unter besonders günstigen Umständen, wenn es keinen kleinbürgerlichen Charakter tragen soll, durchgeführt werden können. Wahrscheinlich wird der bayerische Staat den größten Teil der Kosten tragen.

ssc. **Die Abnahme der Tuberkulose** ist einer der erfreulichsten Erfolge der modernen Medizin und Hygiene. Den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes zufolge starben in Deutschland und in den Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern auf je 100 000 pro Jahr an

Lungenschwindsucht		Tuberkulose überhaupt	
1899	226,3	1905	222,6
1900	224,7	1906	202,7
1901	208,1	1907	197,7
1902	199,9	1908	192,2
1903	194,3		
1904	192,7		

Im Laufe von 10 Jahren hat also ein solcher Rückgang der Krankheit stattgefunden, daß 1908 an allen Formen der Tuberkulose relativ 15 Prozent weniger Menschen starben als 1899 an Lungentuberkulose allein.

Noch günstiger ist das Resultat, wenn man die ländliche Bevölkerung mit in Betracht zieht. Nach einer die sieben größten und 13 kleinere Bundesstaaten mit etwa 97 Prozent der Gesamtbevölkerung des Reiches umfassenden Statistik starben im Durchschnitt 1898/1902: 214,1 Personen an Tuberkulose (davon 195,2 an Lungenschwindsucht). Die Zahlen für die nächsten 5 Jahre waren dagegen wie folgt.

1903	207,3 (186,2)
1904	205,5 (182,6)
1905	205,7 (179,7)
1906	188,2 (162,9)
1907	184,3 (159,8)

Besonders im Alter von 15 bis 60 Jahren hat sich die Sterblichkeit an Lungentuberkulose vermindert, während die jüngeren Altersklassen in dieser Beziehung Schwankungen aufweisen.

ssc. **Herstellungskosten eines wissenschaftlichen Werks im achtzehnten und im zwanzigsten Jahrhundert.** Paul Hennig stellt in der „Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte" einen interessanten Vergleich zwischen den durchschnittlichen Herstellungskosten eines wissenschaftlichen Werks im achtzehnten und im zwanzigsten Jahrhundert an. Auch unter Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes — etwa auf ein Viertel desjenigen vor zwei Jahrhunderten — hat eine starke Verteuerung der Bücherproduktion stattgefunden. Während im achtzehnten Jahrhundert der durchschnittliche Verkaufswert bei einer Auflage von 15 000 Exemplaren 3,6 Pfg. pro Bogen jedes Exemplars betrug, stellt er sich heute auf 26,4 Pfg. oder 7½mal so viel. Ein Werk von 20 Oktavbogen kostete demnach im zweiten Fünftel des achtzehnten Jahrhunderts 72 Pfg., heute dagegen 5,28 Mk. Die eigentlichen Herstellungskosten machten damals 35,5 Prozent des Verkaufswertes aus, heute 30,9 Prozent. Dabei sinken bei großen Auflagen die Herstellungskosten heute rascher als früher. Auf die verschiedenen Arten von Unkosten verteilen sich diese Gesamtkosten wie folgt:

	18. Jahrhundert absolut		in % des Verkaufswertes	20. Jahrhundert absolut		in % des Verkaufswertes
Papier	75	Reichstaler	20,5	562	Mk.	7,1
Satz	10	"	2,6	620	"	7,8
Druck	10	"	2,6	205	"	2,6
Korrektur	2	" 18 Sgr.	0,7	60	"	0,8
Honorar	25	" 20 "	7,1	1000	"	12,6
	125	Rchstlr. 8 Sgr.	35,5	2447	Mk.	30,9

Vor allem hat sich gehoben die Bezahlung des Satzes von 10 Reichstalern oder 2,6 Prozent des Verkaufswertes auf 620 Mark oder 7,8 Prozent, und das Schriftstellerhonorar von 25 Reichstalern 20 Silbergroschen = 7,1 Prozent auf 1000 Mark = 12,6 Prozent. Relativ gesunken sind die Papierkosten.

Gerichtliches.

** **Bielefeld**, 17. April. Strafkammer. Auf der Anklagebank erschienen der Glasmacher Fritz Plaßmann, der Maurer August Tüte, der Glasmacher Friedrich Legeler und der Maurer Ludwig Weidemann, sämtlich zu Brackwede wohnhaft. In der Nacht zum 16. Februar d. J. wurde bei dem Glasmacher Domeyer zu Brackwede eingestiegen und diesem für etwa 60 Mk. Fleischwaren, namentlich Würste, gestohlen. Die Angeklagten wurden beschuldigt, diesen Diebstahl ausgeführt zu haben, und zwar, indem Plaßmann und Weidemann eingestiegen sind und Tüte und Legeler Schmiere gestanden haben. Nach den Ausführungen von Plaßmann haben es die drei Mitangeklagten nicht ertragen können, daß der arbeitslose Tüte mit seiner Familie habe Hunger leiden müssen, und nur, um dieser Familie zu helfen, hätten sie den Diebstahl begangen. Daß aber Plaßmann eine große Neigung zum Diebstahl besitzt, geht daraus hervor, daß er noch an demselben Tage von einem vor einer Wirtschaft aufgestellten Fahrrade ein Paket mit unfertiger Wäsche gestohlen hat. Der Gerichtshof erkannte gegen Plaßmann wegen schweren und einfachen Diebstahls auf 4 Monate und 2 Wochen Gefängnis. Der mehrfach wegen Diebstahls und anderer Vergehen vorbestrafte Tüte erhielt wegen schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis, Legeler und Weidemann wurden wegen schweren Diebstahls zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Den drei ersten wurde die volle Untersuchungshaft auf ihre Strafe in Anrechnung gebracht.

Der Arbeiter August Döringhoff von Eisbergen hat der Witwe Nagel in Eisbergen, seiner zukünftigen Schwiegermutter, ein Stück Leinen aus dem Koffer gestohlen und in Hausberge verkauft. Der Gerichtshof verurteilte den Dieb im wiederholten Rückfalle, der schon mit 1 Jahr Zuchthausstrafe vorbestraft war, nur zu 5 Monaten Gefängnis.

Der Buchhalter Aloys Solling von Minden, jetzt zu Magdeburg wohnhaft, bisher unbescholten, war nach seinen früheren Geständnissen in leichtfertige Gesellschaft geraten und hatte über seine Verhältnisse hinaus gelebt. Da er mit seinem Verdienst nicht auskam, um die Ebbe in seiner Tasche zu decken, hat er sich an der Kasse seines Prinzipals vergriffen und von den Geldern, die er als Stadtreisender von der Kundschaft einkassiert hatte, nach und nach 350 Mk. unterschlagen. Der Schaden ist von dem Angeklagten voll wieder ersetzt worden. Die Strafkammer zog dies alles in Erwägung und verurteilte den Angeklagten wegen Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zu 6 Wochen Gefängnis.

Der Glasarbeiter Wilhelm Bredemeier von Minderheide-Hartum hat am 24. November v. J. in einer Rauferei seinen Freund, den Tischler Busse zu Minderheide, mit dem Verbrechen der Tötung bedroht und seinen Gehstock auf dem harten Schädel des Busse entzwei geschlagen, ohne viel Schaden bei Busse anzurichten. Der Gerichtshof hielt für die Bedrohung und gefährliche Körperverletzung eine Geldstrafe von 40 Mk. für angemessen.

Der wegen Diebstahls vorbestrafte und aus der Untersuchungshaft vorgeführte Zwangszögling Otto Beßmeyer war am 11. April 1907 der Anstalt Moorburg entlaufen. Um nun durchzukommen, bedurfte er anderer Kleidungsstücke anstatt der verräterischen Anstaltskleidung. Kurz entschlossen stieg er in Großendorf bei Rahden ein, und es glückte ihm, einen Anzug zu finden, der ihm paßte. Mit dieser Kleidung angetan, ist er auch durchgekommen, bis ihn endlich die Nemesis in Emden erreicht hat. Die Tat charakterisierte sich als schwerer Diebstahl und er erhielt hierfür 4 Monate Gefängnis, worauf ihm die volle Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wurde.

Es muß aber doch für Richter geradezu unerträglich sein, eine derartige Tat eines jungen Menschen, deren Motive weit mehr zur Milde gemahnen als selbst die beim Mundraube vorliegenden, und bei welcher an Vermögensvorteil von vornherein nicht gedacht war, als schweren Diebstahl bestrafen zu müssen.

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 29. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Ausbeutung der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Von Theodor Wagner (Essen a. R.). — Das Organisationsstatut der Partei. Von Franz Klühs (Magdeburg). — Tarifverträge und Wirtschaftskrisen. Von Wilhelm Häusgen (Dortmund). — Literarische Rundschau: O. Schwarz, Die Steuersysteme des Auslandes. Von M. N. Georges Sorel, „Das Trügerische des Fortschritts." Von Georg Eckstein. Dr. H. Platzer, Jahrbuch der Statistik. Von ad. br. — Notizen: Zur Jugendbewegung. Von E. Schultze (Hamburg). — Zeitschriftenschau.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 14 des 19. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: In letzter Stunde. — Arnold Dodel. Von Eugen Lewin. — Der Schutz der Heimarbeiter in der Reichstagskommission. Von gh. — Hinter den Kulissen. Von M. Kt. — Fort mit den Ausnahmegesetzen für Dienstboten und ländliche Arbeiter! Von ed. — Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen. III. Von F. H. — Die dänischen Frauen bei den Kommunalwahlen. Von Th. Stauning. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Verband der polnisch-katholischen Vereine der arbeitenden Frauen. — Vom Kampfplatz der schlesischen Textilarbeiter. — Aus dem rheinischen Textilgebiet. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Fl. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Landarbeiterfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Lenz, wer kann dir widerstehen? Von Conrad Ferdinand Meyer. — Aendert sich das Klima unserer Erde? Von Gustav Walter. — Das Auftreten des Eisens in der Kultur. Von Hannah Dorsch-Lewin. (Schluß.) — Die Mutter als Erzieherin. — Hygiene. — Feuilleton: Trost. Von S. J. Nadson. — Ein Landjunker. Von Nikolaus Gogol. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Frühlingsarbeit. Von Johannes Trojan. (Gedicht.) — Ostererinnerung. Von August Eichel. — Aus der römischen Geschichte. (Fortsetzung.) — Poesie und Arbeit. Von J. B. Clément. (Gedicht.) — Die drei Brüder. Von Brüder Grimm. — Vetter Siarmag. Von Viktor Blüthgen. (Gedicht.)

Standesamts-Nachrichten.

Bielefeld In der Zeit vom 12. bis 17. April sind beim hiesigen Standesamt angemeldet:

Geburten: Söhne: Kaufmann Ernst Bethge, Steinmetzstraße 11; Kaufmann Gerhard Schroeder, Augustastr. 4; Zuschneider Lorenz Conrady, Ellerstr. 31; Maurer Heinr. Meyer, Oststr. 9; Selterswasserfabrikant August Schlüter, Teutoburgerstraße 8; Tischler Wilhelm Knemeyer, Hallerweg 115; Kaufmann Johann Sauer Weststr. 77; Kaufmann Otto Lagemann, Paulusstr. 32; Handelsagent Wilhelm Saal, Detmolderstr. 115; Kaufmann Karl Wachter, Heinrichstr. 25; Steinsetzer Hermann Auffurth, Herforderstr. 131; Maler Gustav Knobloch, Ed.-Windthorststr. 11; Schlosser Karl Schmelzer, Nordstr. 15.

Töchter: Kaufmann Hermann Kastrup, Ehlentrupperweg 50; Schlosser Rudolf Groll Wittekindstr. 48; Schlosser Heinrich Schröder, Kl. Howe 15; Arbeiter Wilhelm Schabbehard, Mühlenstr. 1a; Arbeiter Paul Heinrich, Ehlentrupperweg 8; Verwaltungsgehilfe Hugo Striethörster, Gabelsbergerstr. 9; Fabrikant Friedrich Osthushenrich, Siekerwall 3; Geschäftskutscher Friedrich Ruwwe, Hallerweg 24; Maurer August Klaas, Welle 16; Agent Friedrich Weber.

Sterbefälle: Altersrentenempfänger Gottfried Kobusch, 74 J.; Ehefrau Steinhauer Groll, Anna geb. Jürgens, 25 J.; Arbeiter August Vogt, 46 J.; Gertrud Schulze, 1 J.; verw. Papiermacher Schetelich, Anna Maria Franziska geb. Güldenstern, 65 J.; Reinhold Barthel, 4 Mon.; Charlotte Rosenkranz geb. Horstmann, 40 J.; Kurt Buttkereit, 9 Mon.; verw. Schlosser Leining, Anna geb. Oldenhöner, 77 J.; Ehefrau Arbeiter Schnelle, Mathilde geb. Schlewing, 37 J.; Emilie Böcker, 21 J.; Kontoristin Jenny de Vries, 22 J.; Luise Groll, 1 Tag; August Deichert, 2 J.; Magdalene Lütgert, 5 Mon.; Wilhelm Welsch, 3 J.; Rentner Friedrich Schröder, 74 J.; verw. Landwirt Nagel, Marie geb. Temme, 92 Jahre.

Aufgebote: Kaufmann Christoph Horst, Bremen, und Lina Bartling, Kreuzstr. 6; Maler Kaspar Hüwel, Weststr. 6, und Marianna Stanislawski, Siekerstr. 10; Maschinenschlosser Hermann Oberschelp, Königstr. 20, und Amanda Fleer, Herforderstr. 270; Arbeiter Eduard Werner, Wittekindstr. 11, und Emily Bierfreund, Spinnereistr. 19; Arbeiter Friedrich Schwale, Hakenort 13, und Emma Gebauer, Herford, Maschinenformer Wilhelm Solfrian, Schildesche, und Charlotte Menzel Engerschestr. 67; Schuhmacher August Kindermann, Turnerstr 21, und Auguste Becker, Alsenstr. 13; Metallarbeiter Friedrich Johannsmann, Hallerweg 129, und Johanne Olberdissen, Wertherstr. 124; Schürmeister Bruno Glaszinski, Turnerstr. 19, und Adele Hagemann, Kl. Howe 6; Bäckermeister Heinrich Beintmann, Göbenstr. 30, und Luise Knemeyer, Casum; Zimmermann Karl Nordmeier, Mellerstr. 49, und Martha Oberschelp, daselbst; Schriftsetzer Gustav Pipping, Bleichstr. 52, und Friederike Ertel, Kriembildstr. 13; Regierungsbaumeister Johannes Hinnenthal, Mainz, und Elisabeth Lütche, Marktstr. 15; Maschinenschlosser Wilhelm Kersling, Siegfriedstr. 21, und Auguste Schoregge, daselbst 22; Gastwirt Heinrich Hagemann, Augustdorf, und Anna Hülsmann, Kaiserstr. 112.

Eheschließungen: Maurer August Horstmann und Lisete Hattenhorst, Schlosser Jan Metzlar und Karoline Kreie, Steinhauer August Moses und Anna Dielmeier, Schirmarbeiter Fritz Grüttemeier und Martha Stellbrink, Kartonnagenmeister Wilhelm Rüter und Emma Niestrate, Arbeiter Ferdinand Vogt und Helene Nolting, Arbeiter Karl Fallei und Amalie Sotolowski, Lackierer Eduard Allerogge und Wilhelmine Möller, Eisenbahnlademeister Albert Kassing und Emma Feldkord, Schlosser Eduard Bergmann und Johanna Vortmann, Eisendreher August Wienstroth und Auguste Uffmann, Vizefeldwebel Friedrich Meyer und Mathilde Horstbrink, Straßenbahnschaffner August Herzog und Auguste Krome, Arbeiter Heinrich Pühmeyer und Elisabeth Luckhardt, Eisendreher Moritz Henkel und Auguste Holtmann, Buchhalter Heinrich Heidemann und Klara Berghaus, Sattler Christian Hemmersen und Luise Höcker, Maler Jakob Mießemer und Julianne Sassenberg, Schlosser Rudolf Kobusch und Martha Lienenlüke, Schriftsetzer Max Bayer und Wilhelmine Tönsgöke, Briefträger August Wörmann und Martha Blome, Fuhrknecht Wilhelm Levermann und Alwine Quisbrock, Arbeiter Adolf Schmidt und Emma Kerkhoff, Schlosser Heinrich Vogel und Martha Steppart, Schriftsetzer August Schelp und Frieda Dröge, Fabrikant Johannes König und Ida Halle, Kaufmann Oskar Schwake und Auguste Kampmann, Lehrer Gustav Stückmann und Charlotte Heuwinkel, Gärtner Louis Conrad und Auguste Günner, Maler Heinrich Busse und Frida Süldt, Bauaufseher Heinrich Stölting und Wenda Kuhlemann, Schlachter Christian Föste und Helene Borchard, Sandformer Heinrich Bierhoff und Ottilie Ott, Bildhauer Otto Mantzel und Emilie Wagner, Schlosser Robert Vogt und Anna Oertel.

NB. Vorige Woche ist im Vorzimmer des Standesamts ein Damenschirm stehen geblieben. Derselbe kann während der Dienststunden daselbst wieder in Empfang genommen werden.

* * *

Amt Enger. In der Zeit vom 2. bis 8. April 1909 sind beim hiesigen Standesamt gemeldet:

Geburten. Söhne: Maurer Gustav Wilke, Enger; Maurermeister Hermann Heidbrink, Westerenger; Rechtskonsulent Heinrich Kettler, Besenkamp.

Töchter: Buchbinder Gottlieb Niemann, Enger; Zigarrenarbeiter Hermann Fleer, Herringhausen; Schuhmachermeister Hermann Vogelsang, Enger; Zigarrenarbeiter Friedrich Heidemann, Besenkamp.

Eheschließungen. Schuhmachermeister Heinrich Bültermann, Westerenger, und Witwe Luise Kaufmann geb. Strathmann, Holsen; Bäckergeselle Gustav Deppermann, Besenkamp, und Witwe Marie Kränke geb. Gößling, Besenkamp; Maurer Hermann Schmidt, Belke-Steinbeck, und Zigarrenarbeiterin Anna Pohlmann, Oetinghausen.

Sterbefall. Neubauer Hermann Heinrich Meier, 35 J., Westerenger.

* * *

Stadt Minden. In der Zeit vom 4. bis 10. April 1909 sind beim hiesigen Standesamt gemeldet:

Geburten. Söhne: Stellmacher Langenkämper; Wirtschaftsgehilfe Alvermann; Büchsenmacher Thürer; Gärtnereibesitzer Schürenberg.

Töchter: Kaufmann Grote; Arbeiter Wenthe, Maschinist Schaper; Schlachter Skiba.

Aufgebote. Sergeant Lüddeke, Groß-Lafferde, und Frida Auguste Elfriede Sonnemann, Dehmke; Bergmann Wiechmann und Sophie Karoline Meier, beide Rolfshagen; Tischlermeister Kurlbaum und Friederike Karoline Wilhelmine Teuchert, beide Barkhausen; Kaufmann Klingelhöfer, Bielefeld, und Henriette Elise Hein, Minden; Soldat Schütte, Minden, und Engel Marie Sophie Stahlhut, Enzen; Gerichtskanzleigehilfe Tipper und Anna Bodenhausen, beide Minden; Feldwebel Steinkamp und Karoline Winterberg, beide Minden; Gastwirt Dröge, Bielefeld, und Helene Anna Schütz, Minden.

Eheschließungen: General-Kommissionszeichner Aumann, Minden, und Hedwig Hauenstein, Groß-Almerode; Sattler Walter und Witwe Henriette Berber geb. Schlüter, beide Minden; Postbote Riechmann und Wilhelmine Bick, beide Minden.

Sterbefälle. Werkmeister Brüggemeier, 48 J.; Witwe Linnemann geb. Barkey, 59 J., Gütersloh; Rottenarbeiter Tiemann, 36 J., Südhemmern; Invalide Heinrich Meier, 61 Jahre.

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**

En gros — Detail-Verkauf — Export

der

Bielefelder Schirm-Fabrik

2273

Gebr. Meyerfeld

Niedernstrasse 18. Niedernstrasse 18.

Regenschirme, Sonnenschirme
- - - - Spazierstöcke. - - - -

Reparieren und Neubeziehen in unserer Fabrik schnell, sauber und billigst.

Fabrik-Telephon 1098. **Detailverkauf-Telephon 1615.**

Stadttheater.

Heute, abends 7½ Uhr:

Martha

oder: **Der Markt zu Richmond.**

Dienstag, den 20. April 1909 abends 7½ Uhr:

— — Zum 3. Male! — —

Tiefland

Soeben erschien:

Simplicissimus

Nr. 3.

Buchhandlung „Volkswacht".

Haupt-Arbeitsnachweis

Bielefeld.

Zimmerstr. 19. Fernsprecher 292.

Nur Werktags geöffnet:

vormittags von 8—1 Uhr,
nachmittags von 4—7 Uhr.

Männliche Abteilung.

Es werden gesucht:

2 Ackerknechte, 2 Ackerburschen, 1 Barbier, 1 Bau- und Kunstschlosser, 1 Drechsler, 2 Dachdecker, 2 Fliesenleger, 1 Gärtner, 2 Hausburschen, 18 Maurer, 25 Maler, 1 Mechaniker, 4 Sattler und Polsterer, 2 Schmiede für Schlosserei, 5 Schuhmacher, 26 Schneider, 1 Schweizer, 1 Steindrucker, 7 Stellmacher, 3 Tapezierer und Dekorateure, 4 Land-Arbeiter, 1 Viehwärter, 4 Zimmerleute, mehrere Lehrlinge.

Es suchen Arbeit:

Bäcker, Bauarbeiter, Bohrer, Kaufleute, Knechte, Erdarbeiter, Kernmacher, Fabrikarbeiter, Former, Hobler Maschinenschlosser, Handlanger, Buchbinder, Schleifer, Ziegeleiarbeiter.

Weibliche Abteilung.

Es werden gesucht:

Mehrere Dienst-, Haus- und Küchenmädchen, 2 Stützen, 2 Mädchen für Haushalt und Laden, 1 Zimmermädchen, 1 Kochlehrling und mehrere Landmädchen.

Es suchen Arbeit:

Mehrere Stützen, Wasch-, Stunden- und Arbeitsfrauen.

Bielefeld, den 16. April 1909.

Die Verwaltung.

Herford!

Dienstag, 20. April, abends 8½ Uhr bei **Fritz Fiedtke** (Lindenhof):

General-Versammlung

der vereinigten Art.-Turnvereine **„Frisch auf"** und **„Vorwärts".**

Tagesordnung:

1. Festsetzung des Statuts.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Pünktliches Erscheinen erwartet

2274 **Die Kommission.**

Trinkt Aha's Excelsior! 1113

Wenn Kinder beichten.

Eine Anklage gegen die pädagogischen Sünden im Beichtstuhl. Unbedingt nur für Erwachsene. Gegen Einsendung von **1 Mk.** per Postanweisung zu beziehen durch

P. Matthes,
Brückenau (Bayern). 2277

Gratulationskarten

für alle Gelegenheiten stets größte Auswahl

Buchhandlung „Volkswacht".

Bekanntmachung.

Die städtischen Behörden haben am 5. und 9. März 1909, gemäß § 4 des Ortsstatuts vom 22. Juli 1904, betr. die Uebernahme der Straßenreinigung durch die städtische Verwaltung, beschlossen, für die Zeit vom 1. April 1909 bis 1914, den Beitrag, welchen die Eigentümer derjenigen Grundstücke aufzubringen haben, welche an den von der Stadt zu reinigenden Straßen liegen, auf 20 Pfg. für den Quadratmeter Reinigungsfläche festzusetzen.

Dieser Einheitssatz entspricht den bisher erhobenen Beiträgen.

Die Hebung der Beiträge erfolgt für die Zeit vom 1. April 1909 ab.

Diese Beschlüsse werden hiermit unter Hinweis auf die Bestimmungen des Ortsstatuts vom 22. Juli 1904 zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die Hebeliste vom 16. April d. J. ab auf dem Bureau des Magistrats hierselbst, Rathaus I, Zimmer Nr. 7, während der Dauer von 2 Wochen ausliegt.

Die vierwöchentliche Einspruchsfrist beginnt mit dem ersten Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist; der Einspruch ist schriftlich beim Magistrat anzubringen.

Herford, den 14. April 1909.

Der Magistrat. Busse.

::: Unserm Freunde und Mitarbeiter, dem Bohrer :::

HERM. KASTRUP

zu seinem am **20. April d. J.** stattfindenden

25jährigen Arbeitsjubiläum

die besten Glückwünsche! 2276*

Seine Mitarbeiter
der Nähmaschinen-Fabrik vorm. Koch & Co. A.-G.

Wer die „Volkswacht" unterstützt, ist wert, auch von den Leserinnen und Lesern der „Volkswacht" unterstützt zu werden.

Bekanntmachung.

Die Verzeichnisse der Unternehmer der nach dem land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetze vom 5. Mai 1886 versicherungspflichtigen Betriebe im hiesigen Stadtbezirk und der Auszug aus der Genossenschaftstabelle A liegen vom 20. April d. J. ab zwei Wochen lang zur Einsicht der Beteiligten auf unserer Kämmereikasse offen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß binnen einer weiteren Frist von 2 Wochen die Betriebsunternehmer, unbeschadet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung, gegen die Beitragsberechnung bei dem Sektionsvorstande hierselbst Einspruch erheben können.

Herford, den 15. April 1909.

Der Magistrat. Busse.

Herford.

Allgemeine Ortskrankenkasse

für gewerbliche Arbeiter der Stadt Herford.

Sonnabend, den 24. April 1909, abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn **Aecker:**

Ordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abnahme der Jahres-Rechnung.
2. Bericht der Revisoren.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.
Albert Dörnte, 1. Vorsitzender.

NB. Den Vertretern diene zur Nachricht, daß eine besondere Einladung per Karte **nicht mehr** erfolgt. 2199

Herford! Achtung! Herford!

Laut Beschluß der Herforder Schlachter-Innung muß ich das Annoncieren und Schilderaushängen unterlassen, teile meiner werten Kundschaft jedoch hierdurch mit, daß ich

Rindfleisch

in bekannter Güte nach wie vor zu **60** und **65** Pfg. per Pfund verkaufe.

Wilhelm Esch, Schlachtermeister

Radewigerstrasse 6. 2224

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in der fetten Ueberschrift 10 Pfg. ✱ **Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.**

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk., Tische 5 Mk. an. Mir Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. [1986

Nähgarne,
Seide, Maschinennadeln, Oel, feinstes helles, Liter 1,20 Mk. Zentral-Bazar Pradel, Jahnplatz 2. [1984

Waschmaschinen
für 18 Mk. hält stets auf Lager W. Bultmann, Ritterstr. 16. Ansicht gern gestattet. [2214*

Samenhandlung.
Offeriere sämtliche Feld-, Garten- und Blumen-Sämereien in bester Qualität zu billigsten Marktpreisen. Huch, Bleichstraße 48a, Markthallenstand Nr. 186. [2269*

2202* **Wäsche**
zum Waschen und Plätten nimmt an Emilie Müller, Heeperstraße 310.

Zu verkaufen
Türen, Fenster, Fußboden, Schalung, Balken, Kanthölzer und Brennholz beim Abbruch Arndtstr. 8. A. Külker, Schildescherstraße 45. [2167*

Zigarrenmacher,
zuverlässiger, zu sofort gesucht. H. Blome, Sieker 278. 2194*

Wiebrock
empfiehlt Sauerkraut in bekannter Güte. 2050

Wiebrock 2051
empfiehlt hiesige rote Kartoffeln.

12 Stück
feinste Vollheringe 45 Pfg. Boge, Bürgerweg 43. [2172*

2270* **Steckzwiebeln,**
beste Ware. Huch, Bleichstraße 48a.

Zum Schulanfang! 2236
Schultornister, Büchertaschen, Bücherträger billig bei Ww. Heinr. Horenburg, Herford, Steintorstraße 1.

Todes-Anzeige.

Am 16. April starb nach kurzem Leiden unser Parteigenosse

August Posohr

im Alter von 58 Jahren. — Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Sozialdemokratischer Verein Herford-Halle
Ortsgruppe Friedenstal.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Komthurstraße, aus statt. [2275